

AKADEMIE -REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: Chefsekretariat@apb-tutzing.de



1 / 2012

Streitfall Extremismus und Verfassungsschutz



Bayerns Innenminister Joachim Herrmann will die NPD verbieten lassen

Rechtsterrorismus und NPD-Verbot – kurz nach den Enthüllungen um die rechtsextreme Zwickauer Terrorzelle (NSU) fand eine Tagung der Akademie an der Universität Erlangen-Nürnberg ein breites Echo. Vor rund 200 Zuhörern sprach der bayerische Innenminister Joachim Herrmann von einer „konkreten Gewalt und Gefahr für Menschen“ und forderte einen neuen Anlauf zu einem NPD-Verbot: „Die NPD ist eine verfassungsfeindliche Partei und eine Gefahr für die Demokratie. Das Verbotsverfahren ist rechtlich

möglich und politisch geboten“ sagte Herrmann. Experten aus Politik, Wissenschaft und zivilgesellschaftlichen Gruppen diskutierten akute und langfristige Strategien gegen den braunen Terror.

Siehe Seite 3

Direktorin Ursula Münch ins Amt eingeführt

Zwei Staatsminister und ein Landtagsvizepräsident – das waren nur drei der prominenten Gäste aus bayerischer Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft, die sich zur festlichen Amtseinführung der neuen Akademiedirektorin Ursula Münch im Heinrich-Oberreuter-Saal der Akademie einfanden. Münch erläuterte ihre Leitlinien für die zukünftige Ausrichtung der Akademiearbeit und betonte die Notwendigkeit der weiteren Öffnung des Hauses für junge Menschen und neue Zielgruppen.

Siehe Seite 5



Der bayerische Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch (links) kam mit Kultusminister Ludwig Spaenle zur Amtseinführung der neuen Akademiedirektorin Ursula Münch, die am 1. November 2011 ihr Amt angetreten hat

Fotos: Haas /Rudloff

Medienmacht ohne Mandat

Unmittelbar vor den Enthüllungen über die Kredittaffäre des Bundespräsidenten und die nachfolgenden Diskussionen über die Rolle der Medien widmete sich ein Aspekt der Tagung „Schreckensbilder – Verrohung der Bildberichterstattung“ auch der Frage nach der Verantwortung der Medien als „Vierter Gewalt“. Es moderierte der ehemalige Chefredakteur des „Spiegel“ und der „Süddeutschen Zeitung“, Hans-Werner Kilz.



Hans-Werner Kilz moderierte die Podiumsdiskussion

Siehe Seite 11

Weitere Themen im Heft:

Energiewende im Klimawandel	S. 14
Konfliktregelung in der Mehrheitsdemokratie	S. 16
Das transatlantische Dreieck vor neuen Herausforderungen	S. 19

Inhaltsverzeichnis

	Seite
„Die Zivilgesellschaft ist der eigentliche Verfassungsschutz“	3
Vier Laudatoren für die neue Direktorin	5
<u>2. Tutzingener Medien-Dialog</u>	
Harter Wettbewerb um eklige Bilder	7
Extreme Bilder eingebrannt	10
Medienmacht ohne Mandat?	11
Ehtische Grenzfragen der Hochtechnologien	12
Leserbrief: „Denunziatorische Absicht“	13
Energiewende im Klimawandel	14
Konfliktregelung in der Mehrheitsdemokratie	16
Aufstand gegen Putin?	17
Das transatlantische Dreieck vor neuen Herausforderungen	19
Vernunft, Recht und Staat im Christentum	21
Bedeutender Staatsrechtler und Gründungskurator der Akademie	23
Aspekte der Macht	24
Vom Prenzlauer Berg an den Starnberger See	25
Hilfestellungen für das wissenschaftliche Arbeiten	26
Rezensionen – Neuerscheinungen – Publikationen	27
Pressespiegel	32
Themen – Tagungen – Termine	36
Namen und Nachrichten	40

Akademiedirektorin:

Prof. Dr. Ursula **Münch**

Vorsitzender des Kuratoriums:

Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans **Maier**

Vorsitzender des Beirats:

K. Heinz **Eisfeld**

Kollegium:

Dr. Saskia **Hieber**, Dozentin (beurlaubt)
Internationale Politik

Dr. Ondrej **Kalina**

Pers. Referent der Direktorin
Europäische Integration
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Gero **Kellermann**, Dozent

Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Michael **Mayer**

Zeitgeschichte

Dr. Anja **Opitz** (kommissarisch)

Internationale Politik

Dr. Wolfgang **Quaisser**, Dozent

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent

Medien, Kommunikationspolitik,
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred **Schwarzmeier**

Parlamentarismus- und Parteienforschung
Organisationsreferat

Dr. Michael **Spieker**

Ethische und theoretische
Grundlagen der Politik

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Online-Redaktion:

Sebastian Haas

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung

Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14

Internet: <http://www.apb-tutzing.de>

E-Mail: K.Sittkus@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Ursula Münch

(verantw.)

Dr. Michael Schröder

(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: **Karin Sittkus**

Druck:

Satz & Druck Peter Molnar

Greinwaldstr. 11 82327 Tutzing

Logo: **KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking**

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

ISSN 1864-5488

„Die Zivilgesellschaft ist der eigentliche Verfassungsschutz“

Rechtsextremismus als Gefahr für die Demokratie

Rechtsterrorismus und NPD-Verbot – vor dem Hintergrund der Enthüllungen um die rechtsextreme Zwickauer Terrorzelle hätte eine Tagung der Akademie in Nürnberg kein aktuelleres Thema finden können. Experten aus Politik, Wissenschaft und zivilgesellschaftlichen Gruppen diskutierten akute und langfristige Strategien gegen den braunen Terror.

Arno Hamburgers Stimme fängt an zu zittern, als er sagt: „Ich werde bis zum letzten Atemzug kämpfen, bis diese Verbrecherpartei NPD verboten wird.“ Der 88-Jährige ist Vorsitzender der Israelitischen Kultusgemeinde in Nürnberg und dort auch SPD-Stadtrat. Seine Biografie spiegelt die Wege und Irrwege der deutschen Geschichte. Viele Mitglieder seiner Familien wurden in Konzentrationslagern von den Nazis ermordet. Er emigrierte 1939 als 16-Jähriger nach Palästina und kehrte nach Kriegsende 1945 als britischer Soldat in seine Heimat zurück. „Nie hätte ich damals gedacht, dass ich in Deutschland jemals wieder gegen Neo-Nazis sprechen muss.“ Bis heute sieht er sich bei der politischen Auseinandersetzung und in Wahlkämpfen mit antisemitischen Hetzschriften in „Stürmer“-Manier konfrontiert.

Hamburger sprach auf dem Abschlusspodium einer Tagung über „Rechtsextremismus – Gefahr für den demokratischen Verfassungsstaat?“, die die Akademie mit rund 200 Teilnehmern an der Universität in Nürnberg mitveranstaltete*.

Zum Auftakt der Veranstaltung, die in unmittelbarer Nähe des Reichsparteitagsgeländes und den Tatorten von drei der verharmlosend „Döner-Morde“ genannten Gräueltaten des Zwickauer Terrortrios stattfand, sprach der

bayerische Innenminister Joachim Herrmann von einer „konkreten Gewalt und Gefahr für Menschen.“ Zwar stünde keine NS-Machtergreifung bevor, aber man müsse sich noch intensiver als



Bayerns Innenminister Joachim Herrmann: „Das NPD-Verbotsverfahren ist rechtlich möglich und politisch geboten“

bisher mit dem Rechtsextremismus befassen. Insbesondere in Nürnberg und Fürth gebe es mit dem „Freien Netz Süd“ eine aktive Szene. „Wir müssen aufpassen und hellhörig sein“, sagte Herrmann. Vereinsverbote seien wichtig und richtig. Noch wichtiger sei aber ein neuer Anlauf zu einem NPD-Verbot: „Die NPD ist eine verfassungsfeindli-

che Partei und eine Gefahr für die Demokratie. Das Verbotsverfahren ist rechtlich möglich und politisch geboten. Wenn wir es richtig anpacken, können wir Erfolg haben.“

NPD-Verbot gefordert

Arno Hamburger stimmt dem zu: „Für mich ist es unerträglich, dass ich mit meinen Steuern Neo-Nazi-Aufmärsche mitfinanzieren muss.“

Herrmann forderte eine Weiterentwicklung und Vernetzung der Dateien von



Für Arno Hamburger ist es unerträglich, dass er mit seinen Steuern Neo-Nazi-Aufmärsche mitfinanziert
Fotos: Schröder

Polizei und Verfassungsschutz und versprach konsequentes staatliches Handeln zum Schutz der Menschen vor rechtsextremem Terror. Herrmann betonte aber auch die Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Engagements und der Bildungsarbeit gegen rechts. Er hob in diesem Zusammenhang die bayerischen Aktivitäten rund um die Initiative „Bayern gegen Rechtsextremismus“ in Schulen und Bildungseinrichtungen hervor und verlangte, „die Jugend für die Demokratie zu begeistern“.

* in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Alexander Universität, der Bürgerbewegung für Menschenwürde in Mittelfranken und dem Bayerischen Landesverband der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB)

Armin Scherb, Politikdidaktiker in Nürnberg, Hauptorganisator der Tagung und bayerischer Landesvorsitzender der DVPB, entgegnete darauf, dass es in Bayern erhebliche Defizite in der politischen Bildung an Schulen gebe und der Freistaat zusammen mit Sachsen das Schlusslicht im bundesdeutschen Vergleich bilde. Daran müsse sich etwas ändern.

„Pathologie der offenen Gesellschaft“

Eckhard Jesse, Extremismusforscher an der TU Chemnitz, spricht zwar angesichts der Enthüllungen rund um das Zwickauer Mördertrio von einem „Schock für Politik und Medien“, sieht aber „keinen Anlass für Verschwörungstheorien“. Für Jesse ist die Bundesrepublik „eine gefestigte Demokratie“ und der „Rechtsextremismus keine Gefahr für den Verfassungsstaat“, lediglich eine „Bedrohung für die potentiellen Opfer“. Rechtsextremismus gehöre zur „Pathologie einer offenen Gesellschaft“ und sei als „Problem beherrschbar“. Zum NPD-Verbot meinte Jesse: „Sie kann verboten werden, sie erfüllt alle Voraussetzungen. Aber ist dies auch politisch sinnvoll?“ Das Parteienverbot sei keine Antwort der Zivilgesellschaft: „Es verhindert keinen Terror. Wir können die NPD verbieten, aber wir müssen es nicht“, sagte Jesse. Ein Parteienverbot hält auch Klaus-Peter Hufer nicht für sinnvoll („Auch wenn ich die biografisch bedingte Sicht von Arno Hamburger verstehen

kann“). Der Duisburger Politikwissenschaftler und Erwachsenenbildner setzt auf bürgerschaftliches Engagement und Zivilcourage. In Seminaren trainiert er stichhaltige Argumentationen gegen rechte Propaganda und dumpfe Stammtischparolen. Aber bei der Analyse des Rechtsextremismusproblems teilt er nicht Jesses Ansichten: „Der Rechtsextremismus kommt



Klaus-Peter Hufer: „Der Rechtsextremismus kommt aus der Mitte der Gesellschaft und muss auch aus der Mitte heraus bekämpft werden“

aus der Mitte der Gesellschaft und muss auch aus der Mitte heraus bekämpft werden.“ Hufer verweist auf Studien aus Bielefeld und Leipzig, wonach rund 13 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung ein geschlossen rechtsextremes Welt- und Menschenbild haben. Den Rechtsextremismus

als ein Randproblem der Gesellschaft in einigen Regionen Ostdeutschlands zu kennzeichnen, in denen arbeitslose und alkoholabhängige Jugendliche sich ihre Freizeit mit dem Verprügeln von Ausländern vertreiben, treffe das Problem nicht und verharmlose die Lage, sagte Hufer.

Verbote hält auch Michael Helmbrecht nicht für effektiv. Der Lehrer kämpft seit Jahren in Gräfenberg gegen Aufmärsche der Neo-Nazis. Für ihn lässt sich das Problem des Rechtsextremismus nicht in Prozentzahlen bei Wahlen festmachen. Er sieht „konkrete Gefahren für Migranten, Obdachlose und Homosexuelle“. Eine „moralische Indifferenz“ ziehe sich durch die Ge-



Michael Helmbrecht: „Eine moralische Indifferenz zieht sich durch die Gesellschaft“

sellschaft. „Die Gleichgültigkeit erschreckt mich und die Analysen von Jesse schmerzen mich“, sagte Helmbrecht. „Die Zivilgesellschaft ist der eigentliche Verfassungsschutz, aber der Schutz der Zivilgesellschaft ist mangelhaft.“

Für David Schmitt vom DGB ist die soziale Spaltung der Gesellschaft eine der Hauptursachen für das Erstarken des rechtsextremen Denkens: „Die Rechten greifen diese Themen und Strömungen auf. Die Verlierer von Globalisierung und Wirtschaftskrisen werden von den rechtsextremen Parolen angesprochen.“ Und lassen sich bei Wahlen leicht vor den Karren rechtsextremer Wahlpropaganda spannen. ■

Michael Schröder

(Siehe Presseschau Seite 32)



Zeichnung: Hanitzsch

Vier Laudatoren für die neue Direktorin

Hochrangige Festredner und Ehrengäste
bei der Amtseinführung von Ursula Münch

Zum Festakt der Amtseinführung der neuen Akademiedirektorin Ursula Münch kamen nicht nur Größen der bayerischen Politik, Wissenschaft, Bildung und Wirtschaft, sondern auch Schüler, Studenten und Journalisten. Sie alle hörten, wie drei Landespolitiker die Bedeutung der politischen Bildung für die Demokratie priesen. Eine engagierte und motivierte Direktorin antwortete – und gab dem neuen Auditorium einen Namen.

Die Grußworte an Professorin Münch und die gut 220 Gäste im neuen Auditorium richteten gleich drei hochrangige Landespolitiker: Ludwig Spaenle, Staatsminister für Unterricht und Kultus; Wolfgang Heubisch, Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst sowie Reinhold Bocklet, der Erste Vizepräsident des Bayerischen Landtags. Den Festvortrag hielt der Kuratoriumsvorsitzende Hans Maier. Der ehemalige Direktor Heinrich Oberreuter gab seiner Nachfolgerin gute Wünsche mit auf den Weg.

Politische Teilhabe

„Die Grundlage einer funktionierenden Demokratie sind Menschen, die wissen, wie sie politisch teilhaben und mitdiskutieren können“, sagte Kultusminister Ludwig Spaenle. Gerade wenn Probleme zunehmend skandalisiert werden und immer schneller auftreten – seien es Klimawandel, Eurokrise oder die Mordserie der Zwickauer Terrorzelle – sei politische Bildung notwendig. „Wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern vermitteln, dass sie maßgeblichen Einfluss darauf ausüben können, wie mit diesen Problemen umgegangen wird“, empfiehlt der Minister. Die Akademie für Politische Bildung mit Ursula Münch an der Spitze sei dafür eine kompetente Einrichtung.

Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch erklärte, dass junge Menschen besonderer Aufmerksamkeit bedürften. Denn sie lassen sich von Parteien-

gezänk, Besserwissereien und leeren Worthülsen am schnellsten von der Politik abschrecken. Die politische Verständnis- und Urteilsfähigkeit gerade der Jugend zu stärken sei eine schwierige,



Gruppenbild mit Dame (von links): Landtagsvizepräsident Reinhold Bocklet, Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch, Direktorin Ursula Münch, Kuratoriumsvorsitzender Hans Maier und Kultusminister Ludwig Spaenle

Fotos: Haas / Rudloff

rige, aber reizvolle und auch lösbare Aufgabe für die neue Direktorin. Heubisch ist sicher: „Durch Ihren Werdegang wissen Sie, wie junge Menschen ticken. Sie werden die Akademie in die richtige Richtung führen.“

An Reinhold Bocklet war es, die bisherigen Leistungen von Ursula Münch zu würdigen. Sie habe immer „am Puls

der Zeit und zeitlos aktuell“ geforscht. So gehöre ihr „Föderatives System der Bundesrepublik Deutschland“ (gemeinsam mit Heinz Laufer) zu einem Standardwerk der Politikwissenschaft. Außerdem habe die neue Direktorin bereits deutlich gemacht, dass sie die Herausforderung politische Bildung mit offenem Visier angehen und die Akademie für die junge Generation und neue gesellschaftliche Gruppen öffnen will. Bocklet weiß, was Bayern und der Landtag an der Akademie für Politische Bildung Tutzing haben und betonte: „Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Ihnen.“

Dass sich Ursula Münch auf ihre Arbeit freut, zeigte sie mit ihrer Rede*, die als Programm der Akademiedirektorin ein Angebot für den mündigen Bürger ist: „Eine Demokratie ist kein Schlaraffenland, in dem der friedliche Bürger seinen Geschäften nachgehen kann, sondern ein Zustand der täglichen, wohlgeübten und zur Gewohnheit gewordenen Wachsamkeit und

Disziplin in den Grundfragen des politischen Lebens.“ Das sagte bereits Eric Voegelin bei der Eröffnung der Akademie 1959. Heute nimmt Ursula Münch die Bevölkerung in die Pflicht: Jeder Einzelne sei für die Demokratie verantwortlich und müsse für den Erhalt unserer Freiheit kämpfen.

Programm für mündige Bürger

Doch wozu braucht es dafür eine Bildungseinrichtung, die den Steuerzahler Geld kostet und ihren Besuchern Anreise, Teilnahmegebühren, Sitzfleisch, Konzentrationsfähigkeit und intellektuelles Vermögen abverlangt? Die Antwort ist einfach: Ein breites Themenspektrum und inhaltliche Tiefe machen die Akademie aus. Hier werden aktuelle Fragestellungen und Herausforderungen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft diskutiert.

Weder Elfenbeinturm noch Talkshow

Die Tagungen geben Anregungen mit Blick in die Zukunft – und die Gäste sind aktiv und mittendrin, sind nicht nur Konsumenten, Leser oder Zuschauer. „Nach dem Vortrag ist vor dem Gedankenaustausch“, erklärte Ursula Münch: „Diese Initiierungs- und Strukturierungsfunktion unserer Akademie ist das Gegenteil vom Elfenbeinturm, aber auch das Gegenteil von Talkshow.“

Die inhaltlichen Schwerpunkte der Akademie für Politische Bildung Tutzing kreisen nach Aussage von Münch um die entscheidende Frage: In welcher Gesellschaft, mit welcher politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Fundierung, wollen wir leben?

Methodisch gut gerüstet

Kernthemen sollen sein: Zukunft von Sozialstaat und Arbeitsgesellschaft; Entwicklung von Demokratie, gesell-

schaftlicher Zugehörigkeit und Teilhabe; Begegnung mit dem drohenden Kontrollverlust des Staates angesichts der Komplexität digitaler Systeme; Perspektiven für die Gewährleistung der Freiheit sowie die Gefahr politischer Radikalisierung. Aber auch der demografische Wandel und die gesellschaftliche Differenzierung werden sich auf die politische Bildung auswirken. Denn: Auch Teenager können



Ursula Münch: „Jeder Einzelne ist für die Demokratie verantwortlich“

Politik gestalten – auch und gerade solche, die eine Migrationsgeschichte haben. „Wir müssen auch diejenigen im Blick haben, die (noch) kein so erotisches Verhältnis zur Politik haben wie mein Vorgänger“, mahnte die Direktorin. Sie sieht die Akademie methodisch auch mit Planspielen und Simulationen als Schnittstelle von Wissenschaft und politischer Praxis gut gerüstet.

Für die Zukunft bestens gerüstet ist die Akademie aber auch wegen ihres neuen Auditoriums, das zwischen Frühjahr 2010 und Herbst 2011 entstanden ist und bis zu 250 Gästen Platz bietet. Das verdankt die Akademie (neben Steuerzahlern, Landtag und Staatsregierung) vor allem Ursula Münchs Vorgänger Heinrich Oberreuter, der die Akademie von 1993 bis zum Oktober 2011 leitete.

Oberreuter gewidmet

Dem „Unvermeidlichen“, wie ihn die Presse gerne nannte, ist das neue Schmuckstück nun gewidmet. Der *Heinrich-Oberreuter-Saal* ist das Zeichen der Anerkennung gegenüber der Leistung des früheren Akademiedirektors (siehe auch Akademie-Report 4-2011, S. 8-10).

Der hatte bereits zuvor die Rolle der Akademie als unabhängige und geistig selbständige Einrichtung betont. Wenn eine politische Sinnkrise herrsche, könnten gerade Akademien als „wunderbares, anregendes Instrument“ ihren Sinn schöpfen.

Oberreuter betonte aber auch, dass die Arbeit in Tutzing nicht leichter werde: „Eine angemessene Sicht auf die Gegenwart zu geben ist schon schwierig – wie schwierig wird dann erst der Blick in die Zukunft?“

Parteilichkeit für die Demokratie

Der Kuratoriumsvorsitzende Hans Maier unterstrich in seinem Festvortrag, dass eine funktionierende Demokratie politische Bildung brauche. Politische Bildung dürfe sich nicht darauf beschränken, nur ein Bild der Bundesrepublik und Bayerns zu zeigen: „Sie soll Parteilichkeit zeigen für die Demokratie und nicht schon bei Exposés und Denkschriften enden“.

Fünf Merkmale sollen nach Ansicht Maiers diese Arbeit ausmachen: Rationalität, Aktion und Emotion, Verknüpfen und Vergleichen, Kritik sowie Engagement. ■

Sebastian Haas

(Siehe Presseschau Seite 32)

* Die wesentlichen programmatischen Teile der Antrittsrede von Ursula Münch haben wir bereits im letzten Akademie-Report 4-2011, S. 3-6 dokumentiert.

Harter Wettbewerb um eklige Bilder

Wissenschaftler, Chefredakteure und Kriegsreporter über „Schreckensbilder“

Massenmord und Amoklauf in Norwegen und Belgien, Tsunami und Erdbeben in Japan, Krieg in Afghanistan und Hungerkatastrophen in Ostafrika – täglich erreichen uns in den Medien Schreckensbilder aus allen Winkeln der Erde. Diese Bilder des Grauens sind gefragt. Redaktionen bedienen das Publikum mit der rund um den Globus schnell verbreiteten Ware. Alle Bilder sollen Gemüt und Emotion des Publikums ansprechen und erregen. Im besten Fall erzeugen sie Mitgefühl oder gar Mitleid, bisweilen jedoch auch Wut, Trauer, Ekel oder Abscheu. Doch was darf, was muss gezeigt werden, und was nicht? Das haben Wissenschaftler, Chefredakteure und Kriegsreporter beim 2. Tutzinger Medien-Dialog* diskutiert.

„Kriege, die große Beachtung finden, werden inszeniert.“ Was Ulrich Tilgner zum Beginn unserer Tagung „Schreckensbilder – Verroht unsere Berichterstattung?“ sagte, ist nicht neu. Aber was der Journalist, den das Publikum von seinen Berichten aus Kriegs- und Krisengebieten für das ZDF kennt, aus seinen Erlebnissen im Golfkrieg erzählte, lässt aufhorchen. Er berichtete über „Strategien, Hütchenspiele und gezielte Indiskretionen der kriegführenden Parteien“, um Journalisten zu beeinflussen und zu verwirren. Das ist nicht schwer: Die Reporter müssen schnell arbeiten und dabei im Chaos – umgeben von Leid und Schrecken – eine Bilderflut produzieren. Oft werden sie nur kurzfristig in Krisengebiete eingeflogen und haben weder Zeit noch Kenntnis, sich um die Hintergründe zu kümmern.

Inszenierte Kriege

Stattdessen filmen die Journalisten eine Rakete von ihrem Abschuss bis zum Einschlag, weil sie die Informatio-

nen dafür erhalten. Sie können ihre Bilder pünktlich zum Frühstücksfernsehen liefern, weil sie die Motive aus dem Generalstab zeitlich abgestimmt geliefert bekommen. Sie tragen für die



Ulrich Tilgner (links) und Armin Wünsche waren viele Jahre fürs Fernsehen in Kriegsgebieten unterwegs

Fotos: Haas / Rudloff

Show vor der Kamera Schutzwesten, während ihre Mitarbeiter im T-Shirt hinter der Kamera stehen. Sie müssen schnell zum nächsten Krisenherd ziehen, und bemerken nicht mehr, dass an ihrem vorherigen Standpunkt keine Hightech-Munition mehr eingesetzt wird, sondern menschenverachtende Streubomben. Sie ziehen als *embedded*

journalists mit der Truppe in den Kampf – und machen sich durch all das zum Teil einer großen Inszenierung, zum Teil der asymmetrischen Kriegsführung. Medienprofi und -kritiker Tilgner warnt: Wer so den Gegner in die Irre führen will, wer nur nach den krassesten Bildern Ausschau hält, der führt auch die eigene Bevölkerung in die Irre.

Bilder graben sich ein

Für die ARD berichtete Armin Wünsche 1994 aus Sarajevo. Die Einkesselung der Stadt durch die Serben hat sich dem heute 72-jährigen Kameramann tief ins Gedächtnis eingegraben. Er zeigte einen Marktplatz nach einem Granatenangriff: explodierende Geschosse; flüchtende Soldaten und Ziv-

ilisten, verblutende Menschen, verstreut liegende Leichenteile, zerschossene Köpfe und Ärzte und Sanitäter, die versuchen zu retten, wer nicht mehr zu retten ist. Zwar versicherte Armin Wünsche: „Man macht sich in dem Moment des Filmens keine Gedanken darüber, was solche Erlebnisse mit einem anstellen können. Mit dieser Blauäugigkeit habe ich es weit gebracht.“

Doch die leise Stimme, mit der er sprach und die Behutsamkeit, mit der er aus seinem Kriegstagebuch vorlas und von einem Zusammenbruch erzählte, lassen erahnen, wie sehr Schreckensbilder auch Jahre danach noch wirken müssen. Und das Schlimmste dabei ist seiner Meinung nach: „Kreaturen, die Kriege inszenieren, wird es immer geben. Geschossen und gestorben wird weiter.“

* in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Tutzing

Sterben und Tod, Folter und Martyrium, Fegefeuer und Krieg gehören schon lange zur bildlichen Instrumentalisierung des Schreckens. Rainer Wirtz von der Universität Konstanz zeigte, dass uns diese Phänomene seit Jahrtausenden durch die Kultur begleiten.

Die Leitlinien der Medienethik waren das Thema von Christian Schicha. Der Düsseldorfer Professor meint: In den Medien ethisch zu handeln heißt nicht zwingend, Stoppschilder gegen Zügellosigkeit aufzustellen. Denn woran soll ein Journalist sich halten: an Grund- und Menschenrechte? An Vorgaben des Staates? An religiöse Ansichten?



Amoklauf, Krieg, Hunger – Schreckensbilder sind in den Nachrichten allgegenwärtig

Ans Medienrecht? An Kants kategorischen Imperativ? Vor diesem Hintergrund ist es schwierig zu entscheiden, ob ein Bild bearbeitet werden darf, soll oder sogar muss.

Trend zum Service

Kann man im journalistischen Haifischbecken München – wo gleich fünf Tageszeitungen um Leser buhlen – als Boulevardblatt ethisch vertretbaren Journalismus machen? Dieser Frage ging Arno Makowsky nach. Der Chefredakteur der Abendzeitung wollte mit dem Vorurteil aufräumen, dass es dem Boulevard nur um *blood, sex & crime* geht. Zwar weiß der Zeitungs-

macher: Emotionale Bilder verzweifelter Menschen wirken und sie müssen eingesetzt werden. „Ohne Bilder hungriger Kinder in Ostafrika würde es keine Spenden geben, ohne Bilder der Gewalt keine politische Diskussion über Kriegseinsätze.“

Wer keine Toten zeigt, macht es sich zu leicht“, sagt Makowsky, plädiert aber gleichzeitig für Zurückhaltung. Und das aus gutem Grund. „Schreckensbilder sind zum Verkauf einer Zeitung eher ungeeignet. Die Leser mögen es nicht“, erklärte der Chefredakteur und wartete mit Ergebnissen einer eigenen Analyse auf. Makowsky hat für das Jahr 2011 die Verkaufs-

zahlen der Münchner Boulevardzeitungen anhand ihrer Titelseiten ausgewertet und kommt zu dem Ergebnis: Mit am schlechtesten verkaufte sich das Bild des toten Gaddafi; schlechter lief nur noch die „Kannibalen-Zeile „Jäger frisst Urlauber“. Mit der Berichterstattung über den Attentäter von Oslo hat sich die Abendzeitung Ärger mit dem Presserat und vielen Lesern eingehandelt. Am besten laufen Titel wie „100 beste Witze“ und „Der Nebenkosten-Rechner“.

Für Makowsky bedeutet das: Die Zeiten von Kannibalismus, Ekel und Blut sind vorbei. Starke Geschichten und Service rücken in den Vordergrund.

Das Internet ist ein globales Medium. Hat es da überhaupt noch Sinn, im nationalen Rahmen nach einem ethischen Maßstab im Journalismus zu fragen? Stefan Plöching, Chefredakteur der Online-Ausgabe der „Süddeutschen Zeitung“, meint ja.

Keine globale Ethik

Denn Ethik gebe es nun mal nicht global, sondern nur sehr persönlich. Er gibt allerdings zu, dass der „Wettbewerb um eklige Bilder härter“ geworden sei.



Stefan Plöching: „Wir müssen den toten Gaddafi nicht überdokumentieren“

den sei: „Die reizen zum Klick, sie verführen zum Anschauen.“ Immer mehr würde sich das internationale Medium Internet an amerikanischen Standards orientieren, und das sei negativ zu bewerten. Seine Zeitung hat sich z.B. für die Druck- und auch die Online-Ausgabe entschieden, keine Bilder des toten Diktators Gaddafi zu drucken und zu senden. „Die Bilder sind in der Welt. Wer sie sehen will, kann sie sehen. Wir müssen das nicht überdokumentieren“, sagt Plöching.

Weniger Zeit zum Nachdenken

Auch sein Chefredakteurskollege Daniel Steil von Focus online bestätigt, dass die Hemmschwelle niedriger liegt als früher, „weil alles zur Verfügung steht.“ Früher hätte es auch wegen der technischen Produktionsbe-



dingungen viel mehr Zeit zum Nachdenken und mehrere Kontrollinstanzen gegeben. „Heute fallen die weg“, sagt Steil. Fünf Milliarden Handys gebe es auf der Welt: „Alles wird von jedem rund um die Uhr fotografiert, gefilmt, gesendet und gedruckt. Es gibt



Daniel Steil: „Fünf Milliarden Handys auf der Welt fotografieren alles und jeden“

unzählige Informationskanäle – auch nicht-professionelle. Oft sind Beteiligte die Produzenten.“ Und das gehe zu Lasten der Unabhängigkeit und Objektivität. Aber Steil sieht auch Vorteile: „Anders als beim Printmedium können wir schnell korrigieren und etwas zurückholen.“ Und es gebe einen intensiven Dialog mit den Nutzern als Gradmesser von Qualität und ethischen Maßstäben.

Nach Bildern wildern?

Ein anderes Problem der Bildbeschaffung und -verwendung warf Stefan Plöching auf: „Wie weit darf man in Facebook nach Bildern wildern?“ Gerade bei Unfällen, Katastrophen oder Verbrechen stünden oft Informationen und Bilder von Opfern und Tätern in den sozialen Netzwerken – von ihnen selbst hineingestellt. Das früher oft so genannte „Witwen schütteln“ an den Haustüren von Hinterbliebenen auf der Jagd nach Fotos sei meist nicht mehr nötig. Man könne sich im Internet bedienen. Dürfe man das bei Opfern von Gewaltverbrechen und Mördern? Oder nur bei Rechtsterroristen und Neonazis? Plöching sieht die Medienethik im Online-Journalismus

noch unterentwickelt. „Der Pressekodex muss weiterentwickelt werden und an die neuen Herausforderungen des Internet-Zeitalters angepasst werden. Es lohne sich, denn: „Leser honorieren guten Journalismus.“ Davon ist Plöching überzeugt.

Schmuddelecken im Netz

Aber im Netz findet sich eben nicht nur guter Journalismus. Die Schmuddelecken des Web 2.0 sind voll von Pornografie, Gewalt, politischem Extremismus und Cybermobbing. Stefanie Reger von der Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) kämpft gegen Windmühlen, denn Daniel Steil meint: „Wir kriegen das Netz nicht mehr unter Kontrolle.“ Aber die KJM versucht wenigstens gegen deutsche Anbieter vorzugehen und die schlimmsten Auswüchse wie „Ritserseiten“, Sado-Maso-Darstellungen, Voyeurismus und „Prügelforen“ zu indizieren. Reger sieht den Jugendschutz auch mit einer deklaratorischen Funktion. „Das „saubere Netz“ sei nicht das Ziel der KJM und: „Medienkompetenz kann den Jugendschutz nicht ersetzen.“



Ingrid Paus-Hasebrink: „Verbote von Medien sind nur bedingt wirksam“

Mehr Medienkompetenz ist das Ziel von Ingrid Paus-Hasebrink, die sich an der Universität Salzburg mit Medienwirkungen bei Kindern und Jugendlichen beschäftigt. Sie sieht in den Medien die entscheidenden Vermittler von Welt-Bildern in den kindlichen Lebenswelten. Dabei stehe im Vordergrund der kindlichen Mediennutzung nicht die

Aneignung von Wissen, sondern die Unterhaltung. Dabei spielen „Helden“ eine wichtige Rolle als Identifikationsfiguren. Immer wieder würden spektakuläre Anlässe wie Amokläufe von Jugendlichen zum Anlass genommen, um auf die Gefährdungen durch Medien hinzuweisen und die Medienwirkung mit Sucht und Verwahrlosung in einen Zusammenhang gestellt.



Stefanie Reger kämpft gegen Pornografie und Gewalt im Internet

Paus-Hasebrink sieht die Zusammenhänge differenzierter: Es müssten kindgerechte Angebote ausgewählt werden und Eltern dürften Kinder mit ihrer Mediennutzung nicht allein lassen. So könnten Angstgefühle vermieden werden.

Vorbilder wichtig

Eltern sollten ihre Kinder auch nicht belügen. Wenn Kinder und Tiere in Filmen real leiden, solle man das auch so benennen. Auf der anderen Seite warnte die Medienforscherin vor zu viel Emotion und Stereotypen. Den Kindern müssten Konfliktlösungsmodelle angeboten werden. Ferner seien die Vorbilder und der Umgang miteinander in der Familie wichtig. Verbote von Medien seien nur bedingt wirksam. ■

*Sebastian Haas /
Michael Schröder*

(Siehe Presseschau Seite 34-35)

Extreme Bilder eingebrannt

Armin Wünsche (73) hat als Kameramann viele Kriege erlebt und oft unter Lebensgefahr die Bilder geliefert, die dann im Fernsehen zu sehen waren: in Vietnam für das DDR-Fernsehen und auf dem Balkan für die ARD. Er referierte bei der Tagung „Schreckensbilder“. Im Gespräch mit unserer Mitarbeiterin Anja Rudloff erzählt er von den Eindrücken bei seiner schwierigen Arbeit.

Report: Was ist für Sie neben den Erlebnissen in Sarajewo am einprägsamsten gewesen?

Mein ganzes Leben hat in einer Zeit des totalen Umbruchs stattgefunden. Ich durfte in meinem Beruf als Kameramann teilnehmen an historischen Umwälzungen, die ich erst im Nachhinein immer mehr begriffen habe. Meine Arbeit begann in Vietnam/Indochina, diesem von den Franzosen geschundenen Land, das von den USA plötzlich als das Böse und Bekämpfungswerte erkannt wurde: Vietnam als Exempel, um den Kommunismus an der Ausbreitung in Asien zu stoppen. Heute wissen wir, wie Amerika Milliarden von Dollar in Kriegen verschleudert hat, die sie dem amerikanischen Bürger entzogen haben.

Können Sie sich vorstellen, dass diese Themen Sie jemals verlassen?

Wie sollte das geschehen? Teile davon sind in mir eingebrannt, wertvolle Erinnerungen an mein Sein bis zum Tod, der alles löscht. Bedauerlich, wichtig, schön. Man kann den Ewigkeitscomputer nicht mit persönlichen Wichtigkeiten vollstopfen.

Haben Sie nach Ihrer Zeit als Kameramann jemals nicht an die Bilder gedacht?

Wofür halten Sie mich? Natürlich! Ich bin doch kein Zombie. Mein Leben ist wie Ihr Leben, mit auf und ab, außergewöhnlich lebenswert. Aber es gibt einen Unterschied: Ich habe das Leben, unbeabsichtigt, so extrem erlebt zwischen Schlimmstem und Schöns-

tem, dass ich dafür dankbar bin. Ich gehe noch weiter: alles, was wir leben, schwingt zwischen Tod und Leben, Enttäuschung und Lebenslust. Je größer diese Spanne, desto intensiver begreift man das Leben.

„Mein ganzes Leben hat in einer Zeit des totalen Umbruchs stattgefunden.“

Haben Sie noch Kontakt in die Gebiete, in denen Sie diese Dinge erlebt haben? Wie bewegen Sie sich in den nun friedlichen Regionen?

Die Kontakte sind wenige – eigentlich nur, um meiner Frau zu zeigen, was sie nur aus Erzählungen kannte. Das kriegsdurchpflügte Vietnam holt sich mit einer schöpferischen Vitalität die verpassten Möglichkeiten explosiv zurück und entfaltet sie rigoros, im Guten wie im Bösen.

Ich habe auch meine Ruhepunkte in Asien zusammen mit meiner Frau besucht, in der die Entwicklung normal schleichend verlaufen ist: Singapur, Indien, Nepal. Nicht zu vergessen: Japan. Dieses Land hat mir höchste Kultur und Geistesgeschichte vermittelt – trotz des Dichter- und Denkertraumas, das unseren beiden Ländern gemein ist. Außerdem haben meine Frau und meine Tochter während meiner Arbeit in Bosnien-Herzegowina nach dem Dayton-Frieden Sarajewo und Mostar in Eigeninitiative besucht. Damals ahnten wir nicht, dass dieser Kriegsschrei für mich im Kosovo weitergeht.

Haben Sie auch Filme mit schönen Bildinhalten filmen können?

Das ist der Traum jedes Kameramannes. Ich habe mir fürs Alter vorgenommen, einen Burgenfilm an der Saale zu drehen, in den Jahreszeiten die Burgen am Fluss zu zeigen, auf Wolken, Gewitter, Abend- und Morgensonne zu warten. Noch habe ich es nicht gemacht. Es wird wohl meiner Lethargie geopfert werden. Ich habe einige Dokumentarfilme und Sujets drehen dürfen, die aus dem Krisenbereich ausscherten, aber keine

Land- und Leute-filme sind – in Äthiopien, Nepal, Indien und Japan. Ausgelassene Unterhaltung sind sie nicht.

Wenn Sie an schöne Dinge denken: was konnten Sie in den Jahren erfahren?

Ich habe schätzenswerte Menschen in vielen Ländern kennengelernt und mit Kollegen zusammengearbeitet, die wie ich etwas zum Guten bewegen wollen. Ich habe ihnen viel zu verdanken: Sie haben mich zurückgerissen, als ich in eine Scharfschützenpassage lief; sie haben mir gezeigt, wo man schnell fahren muss, um nicht abgeschossen zu werden – und dass man in Reisfeldern nur auf Pfaden geht, die nicht von Gras bewachsen sind.

Einmal machten wir in Sarajewo Interviews an einer Straßenbahnhaltestelle. Da kam ein Mann aus dem Blumenladen und sagte: „Ich habe Sie in schlimmsten Zeiten immer wieder gesehen mit Ihrer Kamera. Dafür, dass Sie mit uns waren, möchte ich mich bedanken. Kommen Sie in meinen Blumenladen und suchen Sie sich das Schönste aus. Es ist mein Dank an Sie.“ ■

Das Gespräch führte Anja Rudloff

Medienmacht ohne Mandat?

„Die Medien haben eine Macht ohne Mandat.“ Diese provozierende Aussage stand am Beginn einer Diskussion über die Verantwortung von Journalisten im Rahmen der Tagung über „Schreckensbilder“. Sie stammte von Günther von Lojewski, dem langjährigen Chef der ZDF-Nachrichtenredaktion, Moderator von „Report München“ und Intendanten des Senders Freies Berlin (1989 – 1997).

Lojewski kritisierte, dass Journalisten als „Teilhaber der Macht“ sich selbst zu wenig Gedanken über eben ihren Einfluss und ihre Rolle machen. Er sieht im aktuellen Journalismus immer mehr Raum für Subjektivismus und Zuflucht zum Betroffenheitsjournalismus: „Quickies gehen über alles.“ Ereignisse würden selbst geschaffen und inszeniert; es fehlen Distanz und Unabhängigkeit: „Wenn die verloren gehen, schaden sich die Medien selbst“, sagte Lojewski. „Und Nähe zur Macht verführt.“ Die Qualität leide – auch wegen der Auswirkungen der Finanzkrise und den folgenden Sparmaßnahmen. Die zweite Quelle – früher ein selbstverständlicher Teil und Standard der journalistischen Recherche – würde heute oft aus Zeitgründen und Bequemlichkeit vernachlässigt. Die Wechselwirkungen von Politik und Medien nehmen zu. Der Einfluss der Öffentlichkeitsarbeiter und Pressereferenten in Politik und Wirtschaft steigt und auch Korruption sei gelegentlich im Spiel. Umgekehrt nehme deswegen auch die Glaubwürdigkeit der Medien und der Journalisten ab.

Manipulation und Menschenjagd

Lojewski forderte, der Politik wieder mehr Zeit für Entscheidungen zu lassen und nicht sofort Stellungnahmen einzufordern: „Investigative Journalisten treiben Staatsanwälte und Politiker vor sich her.“ Das sei kein guter Zustand. Längst sei die Politik von den Medien abhängig geworden. Sie ver-

enge sich bei ihren Aufgaben auf das Setzen von Themen in der Öffentlichkeit. Dazu kämen die Machtansprüche der Medien unter- und gegeneinander: „BILD gegen die SZ, der Spiegel gegen die FAZ.“ Der Streit um die Mei-



Günther von Lojewski: „Investigative Journalisten treiben Staatsanwälte und Politiker vor sich her“

Fotos: Rudloff

nungshoheit lasse oft die Themen in den Hintergrund treten. „Dieser Kampf um die Meinungsmacht schadet der Unabhängigkeit“, sagte Lojewski.

„Manipulation, Menschenjagd und Häme“ seien die Gründe für das schlechte Image der Journalisten in der Öffentlichkeit. Als Beispiele für Vorverurteilungen nannte er die Fälle Strauß-Kahn („Nicht mal eine Anklage“) und Kachelmann („Freispruch“). Diese Männer seien „für den Rest ihres Lebens beschädigt und um Karriere und Einkommen gebracht“. Er mahnte: „Unter unserer Pressefreiheit ist nicht alles erlaubt.“ Und er stellte die Frage: „Wer kontrolliert eigentlich

die Kontrolleure?“ Oft bliebe journalistische Nachhaltigkeit auf der Strecke, aber „zum Glück ist das Publikum vergesslich“, sagte Lojewski.

Recherche kommt zu kurz

Hans-Werner Kilz, Chefredakteur des Spiegel (1989 – 1994) und der Süddeutschen Zeitung (1996 – 2010), wunderte sich ein wenig, dass Lojewski das



Hans-Werner Kilz: Recherche kommt gelegentlich zu kurz

von ihm beschriebene Spiel zwischen Politik und Medien jahrzehntelang an führender Stelle mitgemacht habe und erst jetzt zu solchen Einsichten käme. Er stimmte aber zu, dass Recherche gelegentlich zu kurz kommt und manche Meldungen zu früh auf den Markt der öffentlichen Meinung geworfen werden. Lojewski kritisierte: „Heute werden lieber schnell drei Stories als Häppchen geschrieben als eine richtig runde Geschichte mit allen Fakten und Perspektiven, die etwas mehr Zeit braucht.“

Burkhard Nagel, Planungsleiter bei ARD-aktuell in Hamburg (Tageschau und Tagesthemen), stimmte zu, dass es bei der Recherche gelegentlich Defizite gebe. In der größer werdenden Geschwindigkeit des Nachrichtenumschlags liege die Gefahr, dass weniger recherchiert werde. Steffen Grimberg, Medienkritiker bei der taz in Berlin, sieht zwar auch die



Recherche in der Alltagsroutine bei Tageszeitungen auf dem Rückzug, hat aber auch Hoffnung: „In vielen Redaktionen gibt es inzwischen Investigativressorts.“ Und Kilz, der bei der SZ genau dieses Ressorts eingerichtet hat, beklagte „den Niedergang des Genres Polit-Magazin im Fernsehen“.

„Mischmasch aus Journalismus und PR“

Beim Zusammenspiel von Politik, Wirtschaft und Medien beobachtet Burkhard Nagel einen Wandel: „Kein Politiker oder Wirtschaftsboss geht heute untrainiert in eine Fernsehdiskussion



Steffen Grimberg (links) und Burkhard Nagel: „Journalismus steht an einer Zeitenwende“

oder Interview.“ Außerdem hätten die gelernt, dass „nicht jeder TV-Auftritt automatisch günstig für sie ist.“ Und Grimberg ergänzte: „Journalismus und PR werden immer mehr zum Mischmasch.“ Es sei symptomatisch, dass aus einer Journalistik-Professur in Leipzig jetzt eine PR-Professur werde.

Einig waren sich die Diskutanten, dass der Journalismus an einer Zeitenwende stehe, die wesentlich von den Mechanismen und Geschwindigkeiten des Internets bestimmt werde. Nagel berichtete aus der Redaktionspraxis bei ARD-aktuell, dass „die Verifikation von Informationen aus dem Netz inzwischen einen wesentlichen Bereich unserer Arbeit einnimmt.“ Lojewski stellte fest, dass „die völlig neue Welt des Internets unkontrollierbar und ohne Regeln ist.“ ■

Michael Schröder

(Siehe Presseschau Seite 34-35)

Ethische Grenzfragen der Hochtechnologien

Mit dem Smartphone jederzeit und überall online sein, mit Bio- und Neurotechnologien zu besseren Therapien kommen, mit Nanotechnologien Produkte optimieren – Hochtechnologien erweitern die Handlungsmöglichkeiten des Menschen. Wenn sie in der Gesellschaft ankommen, stellen sich für Wissenschaft und Technik jedoch vermehrt auch ethische Fragen.

Jörg Wernecke, Geschäftsführer der Carl von Linde-Akademie der TU München, machte die ethischen Dimensionen von Technik und Wissenschaft sichtbar. Neue Technologien reichen mittlerweile in alle Lebensbereiche hinein. Ihre Folgen lassen sich kaum noch in vollem Umfang prognostizieren. Dies führe dazu, dass Wissenschaftler und Techniker die ökologischen, ökonomischen, sozialen und politischen Faktoren und Folgen ihrer Arbeit einbeziehen müssten.

Umstrittene PID

Einen politisch äußerst umstrittenen Wissenschaftsbereich, nämlich die Präimplantationsdiagnostik (PID), behandelte Ino Augsberg, Jurist und Philosoph an der Universität München. Der Bundestag hat nach langen Debatten 2011 ein Modell angenommen, welches die PID (die genetische Untersuchung künstlich befruchteter Eizellen) grundsätzlich verbietet. Das Gesetz sieht jedoch Ausnahmen vor bei schwerwiegenden Erbkrankheiten oder der Gefahr von Fehl- und Totgeburten. Augsberg widmete sich den verfassungsrechtlich und ethisch aufgeladenen Fragen, etwa nach dem Beginn des Lebensschutzes und dem Anknüpfungspunkt für die Menschenwürde.

Patente für Stammzellen?

Sind Patente auf embryonale Stammzellen möglich? Mit dieser Frage befasste sich der Europäische Gerichtshof im Herbst 2011 auf grundlegende

Weise. Die Münchner Patentanwältin Clara Sattler de Sousa e Brito war unmittelbar an dem Verfahren beteiligt. Der Europäische Gerichtshof hatte im Oktober 2011 (unmittelbar vor der Tagung) die Patentierbarkeit von embryonalen Stammzellen verboten.



Patentanwältin Clara Sattler de Sousa e Brito war am Verfahren über Patente auf Stammzellen beteiligt

Sattler de Sousa e Brito schilderte die unterschiedlichen Argumentationsstränge, die in der Gerichtsverhandlung geäußert wurden. Auch die verschiedenen rechtskulturellen Zugangsweisen auf das Thema in Europa machte sie deutlich und diskutierte die möglichen Folgen des Urteils für die europäische Forschungslandschaft.

Mit dem Web 2.0 hat die Kommunikation im Internet eine neue Qualität bekommen. Die Möglichkeiten der interaktiven Nutzung haben zu ausgeklügelten sozialen Netzwerken wie Facebook geführt. Dort bewegt sich eine



steigende Anzahl von Nutzern nahezu alltäglich – und tauscht Daten aus.

Die daraus resultierenden Probleme analysierte der bayerische Datenschutzbeauftragte Thomas Petri. Soll man auf neue rechtliche Regelungen für Social Media setzen oder auf Selbstverpflichtungen vertrauen? Dürfen Behörden „Fanseiten“ betreiben?



Datenschutzbeauftragter Thomas Petri: Rechtliche Fragen an soziale Netzwerke
Fotos: Storch

Welche Regelungen existieren für Polizeiermittlungen im Web 2.0? Petri wies auf notwendige Abwägungen hin und diskutierte diese mit dem Publikum.

Zu den weiteren sich rasch entwickelnden Wissensgebieten gehören die Neurowissenschaften. Der Arzt und Medizinethiker Matthis Synofzik vom Hertie-Institut für klinische Hirnforschung in Tübingen zeichnete die Entwicklung der Neurotechnologien nach. Synofzik stellt die Stimulation von Hirnzentren in den Blickpunkt, die zur Verbesserung der Bewegung, Kognition und Psyche angewandt wird. Synofzik machte daran deutlich, dass die üblichen medizinischen Kriterien wie Nutzen, Nicht-Schaden und Autonomie auch in der Diskussion über zukünftige Entwicklungen der Neurotechnologie gewinnbringend angewendet werden können.

Doris Steinmüller-Nethl, Physikerin und Geschäftsführerin der KOMET RHOBEST GmbH in Innsbruck, führte in die ethische Problematik der Nanotechnologien ein. „Nano“ (altgrie-

chisch: Zwerg) ist ein Präfix für eine Maßeinheit, die etwa dann erreicht wird, wenn man ein Haar bis zu 80 Tausend Mal spalten würde. Für die industrielle Anwendung sind die Nanotechnologien deshalb so interessant, da so zum Beispiel neue Material- und Oberflächeneigenschaften gestaltet werden können. Um zu einer verantwortlichen Beurteilung dieses im Werden begriffenen Forschungsbereichs zu kommen, plädierte sie für eine sachliche und verständliche Information der Öffentlichkeit durch Wissenschaftler und Produktentwickler in Firmen.

Wie wird sich Hightech in Zukunft entwickeln? „Science-Fiction kann den Blick weiten und schärfen“, sagte Sascha Mamczak, verantwortlicher Lektor für Science-Fiction im Heyne-Verlag.

Warnromane

Diese Literaturgattung verfolge nicht die Ideologie „Hurra, wir fliegen alle in den Weltraum“ und wolle und könne auch nicht die Zukunft vorhersagen – auch wenn es manchmal, wie beim Handy, zu früh antizipierten Zufallstreffern kommt. Sie könne aber – zum Beispiel beim Thema Umwelt – das mulmige Gefühl erzeugen, dass die Menschheit in gewissen Bereichen zu weit geht. Viele Science-Fiction-Romane seien als Warnromane, als „5 vor 12-Literatur“ angelegt. Mit Blick auf explodierende Atomkraftwerke und den Klimawandel sei es in der Realität jedoch teilweise bereits „5 nach 12“. „Darüber Science-Fiction zu schreiben, ist unnütz“, so Mamczak. ■

Gero Kellermann

Leserbrief:

„Denunziatorische Absicht“

In der Ausgabe des Akademie-Reports 4/2011 ist ein Beitrag veröffentlicht, zu dem ich eine kleine protestierende Fußnote schreiben möchte.

Vor dem, was wir gerade in diesen Tagen über die grundgesetzwidrigen und menschenverachtenden Positionen der NPD erfahren, habe ich es als eine Provokation empfunden, im Untertitel diese Partei gleichzusetzen mit der „Neuen Linken“. Ich kann mich noch sehr gut erinnern, dass in den „wilden 60er Jahren“ Intellektuelle wie Jürgen Habermas und Walter Jens, Theologen wie Johann Baptist Metz und Jürgen Moltmann, Schriftsteller wie Günter Grass und Heinrich Böll undifferenziert und mit denunziatorischer Absicht der „Neuen Linken“ zugerechnet wurden. Und da mir die genannten Namen sehr wichtig waren und sind, kann ich mich wohl auch dieser „Neuen Linken“ zurechnen. Es gab in dieser „Neuen Linken“ – was versteht der Autor überhaupt un-

ter diesem Nebelbegriff – sicherlich auch bedenkliche Positionen sowohl gegenüber den bürgerlichen Freiheiten wie auch gegenüber den Gesellschaften des „realen Sozialismus“. An den Rändern gab es sogar gelegentlich eine „klammheimliche Sympathie“ mit Aktionen der RAF. Aber es gab und gibt auch viele selbstkritische Auseinandersetzungen von Protagonisten jener Jahre (Fischer, Cohn-Bendit, Kretschmann, Trittin, um nur einige wenige heutige „Prominente“ anzuführen).

Das alles ist heute Geschichte – aber die inhumane, durch und durch undemokratische Ideologie der NPD ist (wieder) brennend aktuell. Von einer Akademie für politische Bildung kann man erwarten, dass sie auch in einem historischen Artikel diese fundamentalen politischen Differenzen weniger plakativ darstellt.

Carl Wilhelm Macke (*Journalisten helfen Journalisten*), München
Zu: „Die wilden 60er Jahre“ im „Akademie-Report 4-2011, S. 38

Energiewende im Klimawandel

Die deutsche Wende in der Energiepolitik führt nicht nur innerhalb Deutschlands zu Diskussionen, sondern weit darüber hinaus. Wie die Herausforderungen des Klimawandels und die simultane Umstellung der Energieträger zu bewältigen sind, war nur eine der Konfliktlinien, die bei der Tagung „Energiewende im Klimawandel“ im Fokus standen. Bietet der Klimawandel an sich schon genügend Stoff für Kontroversen, so provozieren die verschiedenen nationalen und internationalen Gestaltungsansätze zum Umgang mit diesem und seinen Auswirkungen zahlreiche Konflikte, bis hin zur Frage der grundsätzlichen Möglichkeiten von nationaler Politikgestaltung auf dem Energie- und Klimasektor.

„Wir verhandeln schon sehr lange, aber wir sind noch nicht allzu weit gekommen“, resümierte der Berliner Umweltparte Udo Simonis die Entwicklung des Themas „Klimawandel“ auf der nationalen sowie internatio-

gut kennt – äußerst zäh. Als positives Beispiel führte er die Berichte des „Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)“ an, durch die die Tatsache, dass es einen durch den Menschen verursachten Klimawandel mit



Eisbär auf schmelzender Scholle – Hegemonialsymbol des Klimawandels

nen Agenda. Die Schwierigkeit liegt unter anderem in der Diversifizierung der Politikfelder. Biodiversität – also die biologische Vielfalt – ist ein Feld, das wesentlich näher am Menschen ist als der Klimawandel. So gestalten sich Verhandlungen über diesen – vor allem auf der internationalen Bühne, die Simonis aus eigenen Erfahrungen

entsprechenden Konsequenzen gibt, unter seriösen Diskutanten nicht mehr zu leugnen sei. Kritik an den IPCC-Berichten stellte sich Simonis vehement entgegen. Doch müssten die Maßnahmen zur Linderung des Klimawandels und dessen Folgen verstärkt werden. Die UN-Klimakonferenzen müssten dringend ein Kyoto-Folgeabkommen

beschließen, appellierte der Wissenschaftler kurz vor dem Start der Weltklimakonferenz im südafrikanischen Durban, und notfalls sollte auch eine Verkleinerung der Akteurskonstellationen in Betracht gezogen werden.



Udo Simonis: „Wir brauchen starke Institutionen als Gegengewicht zum Internationalen Währungsfonds“

Foto: Rudloff

Doch vor allem: „Wir brauchen starke weltweite Institutionen, beispielsweise ein Äquivalent zum Internationalen Währungsfonds.“

Emotionale Aufladung

Über die Art und Weise, wie sich populäre (Medien-)Formate des Themas Klimapolitik annehmen, sprach der Münchner Kommunikationsforscher Wilhelm Hofmann. Am Beispiel des Eisbären als „Hegemonialsymbol“ des Themas Klimawandel demonstrierte er das hohe Maß an emotionaler Aufladung.

So wird verständlich, dass der ikonisch verdichtete Eisbär, dem das Eis – also sein Lebensraum – wegschmilzt, für den Klimawandel steht. Katastrophen dominierten den Aufmerksamkeitszyklus. Kontinuierliche, aufklärende Berichterstattung suche man vergeblich, so Hoffmann. Überhaupt werden Naturereignisse zunehmend als Phänomene wahrgenommen, die



politisch zu verantworten seien – wenn schon nicht bezüglich ihrer Ursachen, so doch hinsichtlich ihrer Folgen.

Europäische Abhängigkeit

Oliver Geden, Energieexperte der Stiftung Wissenschaft und Politik, beklagte die marginale Rolle der europäischen Dimension in der deutschen Energiewendebatte. Einerseits überschätzen deutsche Politiker den nationalen Einfluss erheblich, andererseits beachten deutsche Medien die europäische Ebene nur dann, wenn sich der (deutsche) Energiekommissar Günther Oettinger äußere. Dabei könne deutsche Versorgungssicherheit nur mit weiterer europäischer Integration gesichert werden, allerdings um den Preis der „Entproblematisierung ausländischer Stromimporte“ (Atomstrom!) nach Deutschland. Schon heute funktioniert die deutsche Energiewende nur mit Hilfe des gesamteuropäischen Stromnetzes. So wird der norddeutsche Windstrom über tschechische Netze nach Süddeutschland geleitet. Auch beim Thema CO₂-Reduzierung plädierte Geden für den

Ressourcen geführte Kriege schlüssig nicht nachweisbar sind. Vielmehr sollte der Terminus „Konflikte“ verwendet werden. Dabei sind „Ressourcen nicht der Hauptgrund von Konflikten. Sie spielen eine Rolle, wenn es darum geht sie zu beenden“, konstatierte der Politologe. So kann die Verfügungsgewalt über Öl oder Diamanten und damit letztlich Geld für Waffenkäufe dazu beitragen, Konflikte zu verlängern oder regional auszuweiten.

Sonnenenergie als Alternative

„Kaito“ bedeutet übersetzt „Steh auf und tu etwas!“. Dies ist das Leitmotiv der Kaito Projekt GmbH unter ihrer Geschäftsführerin Heidi Schiller. Das Unternehmen ist mit seinen Lösungen zur Nutzung der Sonnenkraft seit mehreren Jahren in Westafrika aktiv und wurde für dieses Engagement mehrfach ausgezeichnet.

„In sechs Stunden“, rechnete Falco Schmidt von der Desertec Foundation in Hamburg vor, „empfangen die Wüsten der Erde mehr Energie von der Sonne, als die Menschheit in einem Jahr verbraucht.“ Und obwohl nicht jeder Wüstenstreifen nutzbar ist, siedeln 90



*Überzeugende Argumente für die Sonnenenergie brachten Heidi Schiller (rechts) und Falco Schmidt
Foto: Rudloff*



Solarstromerzeugung in der Wüste

Weg, sich weniger auf das nationale und stärker auf das europäische Reduzierungsziel zu konzentrieren.

Carlo Masala deutete seine Skepsis gegenüber vielfach heraufbeschworenen „Klimakriegen“ an. Der Spezialist für Internationale Beziehungen an der Universität der Bundeswehr München stellte fest, dass ausschließlich um

Wobei Engagement, so betonte Schiller, keinesfalls mit Entwicklungshilfe zu verwechseln sei. Die Diplomkauffrau handelt strikt nach betriebswirtschaftlichen Maßstäben, was natürlich auch Profite bedeutet. Ihr Ziel sei aber nicht, wie bei anderen Energiedienstleistern, möglichst viel Strom zu verkaufen, sondern dessen richtige Nutzung.

Prozent der Weltbevölkerung in einem Radius von weniger als 3000 Kilometern zu nutzbaren Wüstenflächen. Die Leitungsverluste betragen ca. vier Prozent je 1000 Kilometer, diese würden jedoch durch permanente Verbesserung der leistungsstarken Gleichstromkabel kontinuierlich verringert. Dabei geht es Desertec nicht nur um Sonnenenergie, sondern um eine Verbundlösung unter Einschluss von Biomasse, Geothermie, Windkraft und Wasserkraft. ■

*Robert Lohmann/
Manfred Schwarzmeier*

Linktipps:

Severin Fischer / Oliver Geden (Oktober 2011): Die deutsche Energiewende europäisch denken. SWP-Aktuell 47, Oktober 2011, www.swp-berlin.org
www.kaito-afrika.de
www.desertec.org

Konfliktregelung in der Mehrheitsdemokratie

Wenn aus Bürgern sogenannte Wutbürger werden, ist das auch eine Herausforderung für die Polizei: Denn Polizisten stehen in der direkten Auseinandersetzung mit aufgebrachten Menschen, die Beschlüsse von Parlamenten oder Regierungen nicht akzeptieren wollen. Doch wie weit darf ein Einsatz gehen? Und – sofern es den Wutbürger wirklich gibt – wie wird man zu einem?*

Schon der Vortrag des Berliner Konfliktforschers Dieter Rucht zeigte, dass der „Wutbürger“ eine Fiktion ist. Auch Helga Stieglmeier wehrte sich entschieden gegen diese Bezeichnung. Als Sprecherin des Aktionsbündnisses „AufgeMUCkt“ kämpft sie im Verbund mit 73 Bürgerinitiativen aus zehn Landkreisen gegen den Bau der dritten Startbahn des Münchner Flughafens im Erdinger Moos. Ihr Vorwurf: die Notwendigkeit für eine dritte Startbahn könne nicht mit Zahlen belegt werden: „Die Leute verstehen nicht, warum sie leiden sollen, wenn sie den Bedarf nicht sehen.“ Darüber hinaus trafen Gremien die Entscheidungen, die weitaus uninformativer als etwa die Aktionsbündnisse seien: „Verzeihen Sie den Ausdruck – aber da fühle ich mich verarscht.“ Mittlerweile habe sich einiges an Wut aufgestaut. „Grenzwertige Situationen“ könnten sich bei Demonstrationen gelegentlich ergeben. Als Wutbürgerin möchte Stieglmeier trotzdem nicht bezeichnet werden.

Erinnerung an 1968

Ihre Aussagen sorgten für angeregte Diskussionen auf dem Podium und im Publikum. Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, erhob Einspruch gegen die von Stieglmeier so bezeichneten grenzwertigen Situationen: „Es gibt

nicht ein bisschen friedlich oder ein bisschen gegen das Gesetz. Wenn man ein Gesetz bricht, ist es gebrochen. Und auch der Stein, der friedlich geworfen wird, ist letztlich eine Form der Gewalt.“

Alt-Akademiedirektor Heinrich Oberreuter, als Dritter mit auf dem Podium, konnte nur entgegnen: „Alles schon mal dagewesen. Stichwort 68er. Es gibt



Helga Stieglmeier wehrt sich gegen die Bezeichnung „Wutbürger“



*Thomas Züfle: „Die Polizei ist neutral, kein Projektpartner“
Fotos: Bormeth*

eine Diskrepanz zwischen dem subjektiven Gefühl, richtig und moralisch zu handeln einerseits, und der Beachtung der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie andererseits.“ Vielfach betrachte so mancher sein Wohl als höchstes Gesetz. Mit der Philosophie „Unterm Strich zähl ich“ ließe sich jedoch keine Politik machen, wie Oberreuter bekundete. „Wenn eine Entscheidung demokratisch legitim getroffen wird, muss der Einzelne akzeptieren, dass das Gemeinwohl über seinem Einzelwohl steht.“ Natürlich müsse man Partizipationschancen für den

Bürger eröffnen. Aber auch die Maßnahmen, mit denen man Aktionen protestierender „Wutbürger“ eindämme, müssten fair durchgeführt werden. „Ich habe kein Verständnis dafür, dass man einen Wasserwerfer so einsetzt, dass jemand sein Augenlicht verliert.“ Damit bezog sich Oberreuter auf den vielfach diskutierten und heftig kritisierten Polizeieinsatz bei den Protesten um das Bahnprojekt Stuttgart 21. Rainer Wendt war dabei und meinte: „Ich halte den Einsatz für angebracht. Er wäre optimierbar gewesen, aber das ist immer so.“

Die Frage aus dem Publikum, ob man Großprojekte künftig noch realisieren könne, bejahte Heinrich Oberreuter. „Natürlich wird es sie geben, sie sind ja manchmal auch notwendig.“ Sein Appell an Protestierende und Politiker gleichermaßen: „Jedes System, das für sich in Anspruch nimmt, das allein richtige zu sein, ist nicht freiheitlich.“

Der Stuttgarter Polizeipräsident Thomas Züfle schilderte die besondere Situation am Stuttgarter Hauptbahnhof und die besonderen Anforderungen an die Polizeiarbeit im Zuge des Großprojekts

Stuttgart 21. Dort träfe man auf eine besonders schlagkräftige, nachhaltige und finanzstarke Protestkultur. So könnten die Demonstranten auf eine ausgefeilte, arbeitsteilige Organisationsstruktur zurückgreifen. „Die Parkschrützer können über Facebook innerhalb von einer Stunde Tausend Leute mobilisieren“, so Züfle. Ein weiteres Charakteristikum der polizeilichen Situation in Stuttgart sei der hohe Aufwand an Medien- und Öffentlichkeitsarbeit. „Die Polizei ist neutral, sie ist kein Projektpartner“, sagte der Polizeipräsident, werde jedoch oft zum Sündenbock gemacht. ■

Monika Bormeth

**In Zusammenarbeit mit dem Landesverband Bayern der Deutschen Polizeigewerkschaft*

Aufstand gegen Putin?

Einschätzungen vor den russischen Präsidentschaftswahlen im März 2012

Kommt die Demokratisierung nach Nordafrika nun auch nach Russland? Steht Putins Reich vor einem Wandel oder naht gar das Ende der Putin-Ära? Kommt der Aufbruch in eine neue, liberalere Zeit? Welche Erwartungen haben die Menschen in Russland vor den Präsidentschaftswahlen im März 2012? Um sich ein eigenes, ungetrübtes Bild von der Situation zu machen, traf sich unser neuer Mitarbeiter Michael Mayer in Sankt Petersburg mit Vertretern der aktuellen Massenproteste. Hier sein Bericht.

Der Newski Prospekt liegt im fahlen Licht der untergehenden Sonne. Akaki Akakijewitsch (alle Namen von der Redaktion geändert*) hat mich in ein Café in einem klassizistischen Gebäude gebeten. Prüfend streift sein Blick die übrigen Gäste, bevor wir uns in eine

gangen seien, für ihn stimmen. Letztlich werde damit aber möglicherweise sogar Ministerpräsident Putin in die Hände gearbeitet. Ihm sei sicherlich daran gelegen, wenn die Massen durch die Kandidatur Prochorows mit einer scheinbaren Alternative konfrontiert und



In St. Petersburg traf sich Michael Mayer mit seinen Gesprächspartnern

Ecke setzen. Große Hoffnungen habe er nicht, was die Präsidentschaftswahlen im März betreffe. Die Kandidatur des Milliardärs Michail Prochorow könne zwar dazu führen, dass Menschen, die bisher nicht zur Wahl ge-

damit von weiteren grundlegenden Protesten gegen das System der „geleiteten Demokratie“ abgehalten würden. Es sei jedoch zu befürchten, dass Prochorow kurz vor der Wahl in eine vom Kreml fingierte Affäre verwickelt

werde oder aus sonstigen Gründen zurücktrete. Dann bestünde die Gefahr, dass sich dessen enttäuschte Anhänger letztlich doch für Putin entscheiden oder sich mangels Alternative gänzlich der Wahl enthalten würden.

Putins Wiederwahl außer Frage

Insgesamt, sagt Akaki, gehe es dem Kreml nämlich darum, eine außersystemische Opposition gegen die „geleitete Demokratie“ zu verhindern. Schließlich stellten alle bedeutenden Parteien, auch die Kommunistische Partei, keine echte Opposition zur Putin-Partei „Einiges Russland“ dar. Im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl, die zwischen den beiden im ersten Anlauf stärksten Kandidaten abgehalten werde, stünde höchstwahrscheinlich neben Putin der Kommunistenführer Sjuganow zur Wahl. Da auch dieser kein außersystemischer Oppositioneller gegen den Kreml sei, stehe die Wiederwahl Putins außer Frage.

Keine echte Alternative

Ekaterina Maximova, eine Vertreterin der „Linken Front“, treffe ich in einer verrauchten Studentenkneipe in der Nähe der Kasaner Kathedrale. Der Name – Fidel – scheint Programm zu sein für die Gedanken über einen Umsturz. Zwei Gläser Wodka – *Russkij Standart* – stehen vor uns. Sie nimmt einen Schluck und erläutert, warum die Frage nach einer baldigen Demokratisierung des Landes letztlich falsch gestellt sei.

In den westlichen Staaten habe man kaum eine Vorstellung von der politischen Kultur in Russland. So gebe es im Lande durchaus eine Zivilgesellschaft, wie sich etwa an den Protesten gegen den Bau eines Gazprom-Wolkenkratzers am Rande der Altstadt von

*Die Gesprächspartner wollen nicht namentlich genannt werden, um ihre Arbeit nicht zu gefährden bzw. nicht als westliche Agenten denunziert werden zu können.



Sankt Petersburg gezeigt habe. Diese Zivilgesellschaft sei jedoch anders strukturiert als im Westen. Langfristig sei ein Wandel der politischen Kultur in Russland notwendig, um eine Verbesserung der Situation zu erreichen.

Putins gesehen werden, im März erneut für die Präsidentschaftswahl zu kandidieren. Damit seien die letzten noch verbliebenen Hoffnungen auf einen liberaleren Kurs unter Präsident Medwedjew enttäuscht und dieser

den. Die Unzufriedenheit sei also zum Zeitpunkt der Duma-Wahlen bereits sehr groß gewesen und habe einen Höhepunkt erreicht, als Putin die Kritik an den Wahlfälschungen mit der Bemerkung kommentiert habe, hierbei handele es sich um vom Westen bezahlte Agenten.



Zehntausende demonstrierten in den letzten Monaten gegen Putins erneute Präsidentschaftskandidatur

Bei den Präsidentschaftswahlen im März habe man aber derzeit keine echte Alternative zu Putin. Die Frage sei eher, ob man sich mangels außersystemisch gesinnter Kandidaten gänzlich enthalte oder für die Kommunistische Partei votiere, um die Stimmen für Putin zu begrenzen.

gänzlich als Marionette Putins enttarnt worden. Zu dieser Entwicklung habe maßgeblich auch das Internet beigetragen, in dem sich kritische Stimmen relativ frei artikulieren konnten. Dies könne mit dem arabischen Frühling des vergangenen Jahres verglichen wer-

Diese Beleidigung der Massen sei von den Menschen ironisch aufgenommen worden: „Hillary, wo ist mein Geld?“, hätten die Demonstranten daraufhin skandiert. Zudem habe Putin die weißen Bänder, die von den Protestierenden an den Mänteln getragen wurden, als Kondome bezeichnet. Die Reaktion der Menschen war daraufhin, man trage die Bänder, um zu verdeutlichen, dass man das Duovirat nach Gebrauch wegwerfen wolle.

Insgesamt hoffen alle Gesprächspartner, dass die weiteren Proteste im Februar die Putin-feindliche Stimmung noch verschärfen werden, so dass dieser die Wahlen nur durch umfangreiche Manipulationen gewinnen könne. Das wiederum könne der Anstoß für erneute Massendemonstrationen sein. Das Ende der Putin-Ära sei vielleicht zum Greifen nahe. ■

Michael Mayer

Hoffnungen enttäuscht

Sehr viel optimistischer äußert sich Oleg Pirogow von der Menschenrechtsorganisation Memorial, den ich bei Tee und kaukasischem Kuchen treffe, nachdem er mir das Denkmal zum Gedenken an die Opfer der Gulags gezeigt hat. Für ihn stellen die Demonstrationen vor Weihnachten einen Wendepunkt in der Geschichte Russlands dar. Dabei müsse beachtet werden, dass nicht erst die Wahlfälschungen im Zusammenhang mit den Duma-Wahlen am 4. Dezember 2011 den Stein ins Rollen gebracht hätten. Vielmehr müsse der Auslöser der aktuellen Massenproteste in der Ankündigung



Zeichnung: Stuttmann

Das transatlantische Dreieck vor neuen Herausforderungen

Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Europa, Lateinamerika und den USA

Die globale Wirtschaftskrise führt zu deutlichen Machtverschiebungen in den Beziehungen zwischen Lateinamerika, Europa und den USA. Die lateinamerikanischen Staaten gelten nicht mehr als Sorgenkinder der Weltwirtschaft, sondern erteilen Europa Ratschläge zur Bewältigung der Finanzkrise. Die USA ihrerseits müssen erkennen, dass ihnen ihre globale Vormachtstellung von anderen Nationen strittig gemacht wird. Namhafte Wirtschafts- und Politikwissenschaftler hinterfragten die veränderte Rolle Lateinamerikas gegenüber Europa und den USA und diskutierten Entwicklungstendenzen*.

Vom Wunschpartner zum Sorgenkind

Die Tagung für Nachwuchswissenschaftler eröffneten Franz Eder und Wolfgang Muno. Sie thematisierten eine veränderte Wahrnehmung Europas und Lateinamerikas durch die Präsidentschaft Obamas und erörterten die Frage, ob die Finanzkrise die USA zu einem Blick nach innen und tendenziell zur Stagnation der Beziehungen zu anderen Staaten zwingt. Muno sieht wegen des Wahljahres 2012 eine Veränderung im Verhalten der USA: Man kehre ab von dem Versuch, die Kontrolle über Lateinamerika wieder herzustellen.

Eder fokussierte stärker auf die Rolle Europas in der US-amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik. Er argumentierte, dass die durch die Finanzkrise geschwächten USA Europa mehr Gewicht und Verantwortung in der internationalen Politik geben wollen. Europa könne diesen Anspruch jedoch durch die eigenen inneren Probleme nicht erfüllen und mutiere somit von einem Wunschpartner der USA zum Sorgenkind Washingtons.

Andreas Boeckh knüpfte mit der These „Bye bye Dependencia“ an diese Befunde an und thematisierte das Dilemma zwischen einer Stärkung des eigenen Selbstbewusstseins und den USA als Vorbild und Trauma. Das Streben der lateinamerikanischen Staaten sei es, ihre eigene Identität aufrecht zu erhalten. Dabei würden die USA einerseits als Feind, andererseits als unausgesprochenes Ideal angesehen. Derart habe sich das Selbstbewusstsein und die Identität der Länder Lateinamerikas stets in der Auseinandersetzung zur USA entwickelt. Abgerundet wurde dieser Themenblock von Detlef Nolte, der den Blickwinkel auf Europa legte und seine Einschätzung der Freundschafts- beziehungsweise Konkurrenzhaltung Europas im transatlantischen Dreieck darlegte.

Deutliche Mängel

Hartmut Sangmeister, Wirtschaftswissenschaftler der Universität Heidelberg und Mitorganisator der Tagung, thematisierte in seinem Beitrag die wirtschaftlichen Aspekte der transatlantischen Machtverschiebung. Mit einem speziellen Blick auf Brasilien besprach

er die veränderte Wahrnehmung der USA und Europas durch das Land und stellte die Überlegung an, ob Lateinamerika als Vorlage einer Lösungsstrategie der Finanzkrise Europas dienen könne. Er verdeutlichte, dass Brasilien in den vergangenen Jahren zwar zur siebtgrößten Wirtschaftsnation der Welt aufstieg, beim globalen Wettbewerbsindex jedoch auf Platz 58 ver-



Hartmut Sangmeister: „Nachhaltigkeit der brasilianischen Wachstumsstrategie stark gefährdet“

weile. Brasilien weise zwar keinen Mangel an materiellem Vermögen auf, aber einen klaren Mangel an immateriellem Vermögen, das heißt an Human-, Sozial- und Innovationskapital. Ohne eine Verbesserung dieses Wachstumsfaktors und ohne eine klare Änderung der brasilianischen Haltung gegenüber dem Umweltschutz sieht Sangmeister die Nachhaltigkeit der brasilianischen Wachstumsstrategie stark gefährdet.

Dem Thema Nachhaltigkeit widmete sich auch Hans Diefenbacher. Er gab zu bedenken, dass der Begriff seit der Brundtland-Kommission verschiedenartig ausgelegt würde: „Der Begriff der Nachhaltigkeit wird personell und eventuell politisch regional anders definiert.“ Denn immer noch seien die

* In Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung



Menschen in den USA vordergründig durch eine „growth“-Strategie bestimmt, einer einseitigen Ausrichtung auf das Wirtschaftswachstum. Lediglich in einem kleinen Umfang sei eine Strategie des „green growth“, einem der Ökologie gerecht werdendes Wachstum, erkennbar. Europa hingegen sei von einer grünen Wachstumsstrategie geprägt. Gleichwohl seien dies offiziell auch die lateinamerikanischen Staaten, während die dortige Öko-Bewegung zudem eine Strategie



Hans Diefenbacher: unterschiedliche Wachstumsstrategien in den Regionen Fotos: Rudloff

des „zero growth“ und „degrowth“, also eine Wachstumsrücknahme, präferiere. Dies zeige sich auch daran, dass Brasilien als einziges Land ein Ministerium für Solidarische Ökonomie institutionalisiert habe. Diefenbachers Fazit ist: Man solle Johan Rockström glauben, der die „Planetary Boundaries“ aufzeigt und vor dem Erreichen der natürlichen Grenzen warnt. Nur so könne man stabile Umweltverhältnisse und eine sichere Lebensgrundlage gewährleisten.

Peter Birle ging in seinen Ausführungen der Frage nach, ob das europäische Wirtschafts- und Integrationsmodell als Vorbild für Lateinamerika überhaupt geeignet ist. Er verglich die beiden Wirtschaftsmodelle „Modell EU“ und „Modell NAFTA“. Während die Europäische Union einen hohen Integrationsgrad in mehr als nur wirtschaftlichen Themen aufweise, entspreche das Nordamerikanische Frei-

handelsabkommen NAFTA mehr als nur ökonomischen Kooperationsstrukturen. Er zeigte auf, dass die Idee der regionalen Integration, wie wir sie in Europa kennen, in Lateinamerika schon in die Zeit der Unabhängigkeit



Wolf Grabendorf sieht in der Sicherheitskooperation eine Lösungsstrategie

zurückreiche, aber erst ab den 1960er Jahren wirklich praktiziert wurde. Die Kooperationspakete lateinamerikanischer Staaten würden zwar Strukturmerkmale des europäischen Modells aufweisen, diese Ähnlichkeiten seien aber nur oberflächlich identifizierbar. Vielmehr verstecke sich darunter eine mangelnde gesellschaftliche Integration, eine starke Wirtschaftskonzentration und eine schwache soziale Solidarität.

Demokratie ist nicht gleich Demokratie

Einen dritten Schwerpunkt innerhalb des Tagungsthemas bildete die Sicherheitspolitik. Wolf Grabendorf referierte

zum veränderten Sicherheitsbegriff in der heutigen multipolaren Weltordnung und verglich Sicherheitsstrategien Nordamerikas, Südamerikas und Europas. Konkret sprach er von einem Gegenüber einer „präventiven“ und „postventiven“ Sicherheitsstrategie. Die Gemeinsamkeit der drei Weltregionen sei ihre grundsätzliche Demokratieausrichtung. Ihr Unterschied läge allerdings in der Frage „wie“ Demokratie definiert und gelebt würde.

Eine wirtschaftliche wie sicherheitspolitische Kooperation sei in unserer global vernetzten Welt unabdingbar. Sicherheitsbedrohungen betreffen heutzutage nicht mehr nur einzelne National-

staaten, sondern spielen sich auf transnationaler Ebene ab.

Aus diesem Grund sieht Grabendorf in der Sicherheitskooperation eine Lösungsstrategie für die Problematiken im Beziehungsgeflecht des transatlantischen Dreiecks. ■

Martina Füllrutter



Zeichnung: Stuttmann

Vernunft, Recht und Staat im Christentum

Religion und Religiosität in der säkularisierten Gesellschaft

Das Christentum stabilisiert keinerlei politisches System. Von einer „jüdisch-christlichen Tradition“ kann man nicht sprechen, ohne dem Judentum unrecht zu tun. Die Aufklärung ist nicht nur dem Islam, sondern auch – in noch stärkerem Maß – dem Christentum wesensfremd. Die (katholische) Kirche ist rechtlich nach dem Modell eines absolutistischen Obrigkeitsstaats verfasst und sie kann unter den Bedingungen einer modernen Gesellschaft gerade nicht als unabhängiger Mitspieler im pluralistischen Konzert der Interessen verstanden werden. Das waren nur einige der kontroversen Thesen einer Tagung über das Selbstverständnis des Christentums und seine Rolle in der Gegenwart.

Im Jahr 1968 dichtete Reiner Kunze, damals noch in der DDR, unter dem Titel „Pfarrhaus (für pfarrer W.)“: „Wer da bedrängt ist findet/ mauern, ein/dach und/ muss nicht beten.“ Der Pfarrer eröffnete in seiner Kirche einen Freiraum, den es sonst nirgends gab. Seine Freiheit setzt dem Zugriff des Staats eine Grenze.

eine neue Freiheit entdeckt, die zuvor undenkbar gewesen sei. Im Hören auf den göttlichen Ruf seien die Christen befreit worden vom „Terror der Tatsachen und des Alternativlosen“, von der Klassengesellschaft, von der Sakralität des Staates und von der Herrschaft des Römischen Reiches. Dadurch wurden sie frei für die Versammlung in der

„akosmisch und illegal“ beschrieb. Das Christentum verstehe Gott als Herrn über den gesamten Kosmos, nicht – wie die Götter des antiken Griechenlands – als seinen Teil. Daher ist es „akosmisch“. Zudem beruft sich das Christentum auf einen „homme sans papier“, oder in biblischen Worten: auf einen „verworfenen Eckstein“ als Gründer. Am Anfang des Christentums stehe daher das Zerschlagen der bisherigen Gesetzlichkeit, somit sei es „illegal“.

Durch die Erwartung einer Wiederkehr des Christus setze das Christentum auch der Zeit eine Grenze, daher gelte, so Gerl-Falkovitz: „Das Einbunkern ins Hier und Jetzt ist eine Fehlhaltung.“ Das christliche Leben verstehe sich nicht von der Endlichkeit her, sondern aus der Voll-Endung, gegenüber der nichts anderes bestehen könne. Kein Besitz kann sich behaupten und kein Mangel bleibe unerfüllt, da Gott nach christlichem Verständnis aus Liebe schwach geworden sei. Wo sich im Glauben an dieses Ereignis eine Gemeinde versammle, da wirke diese nicht durch ihre Macht, sondern durch ihr „freies Bewusstsein“. Obwohl das Christentum damit gleichsam außerhalb der Polis stehe, entfaltet es mit seinem radikalen Freiheitsverständnis politische Wirkung. Daher rühre auch die Angst totalitärer Regime vor den Christen.

Jüdisch-christliche Tradition strittig

Der Judaist Matthias Morgenstern aus Tübingen widmete sich der Figur der „jüdisch-christlichen Tradition“ und vor allem der Frage, was dabei mit „jüdisch“ gemeint sei. Etwa das vorchristliche Erbe des Christentums („Altes Testament“) und seine jüdischen Voraussetzungen? Solche würde zwar kein Jude bestreiten, doch werde das Judentum so zur bloßen Vorgeschichte des Christentums degradiert.



Begegnung der Religionen: Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz und Matthias Morgenstern im Gespräch am Rande der Tagung *Fotos: Watzinger*

Die Religionswissenschaftlerin Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz aus Dresden deutete das Handeln des Pfarrers W. als paradigmatischen Ausdruck des Wesens des Christentums. Vermittelt durch Paulus habe das Christentum

Freude an ihrem „Gründungsereignis“. Um die umstürzende Neuheit der Botschaft des Christentums zu verdeutlichen, zitierte Gerl-Falkovitz den italienischen Philosophen Giorgio Agamben, der das Christus-Ereignis als



diert. Das Judentum selbst aber erhebt den Anspruch, sich weiterentwickelt zu haben und nicht mehr altorientalisch zu sein. Dies konnte Morgenstern anhand einer talmudischen Geschichte über Auslegungsfragen der Thora belegen.

Das rabbinische Judentum brachte eine radikale Demokratisierung in der Auslegung der heiligen Texte. Die Formel mache das Judentum zudem haftbar für die Fehler der christlich-abendländischen Geschichte. Schließlich sei eine Mutter für ihre missratene Tochter verantwortlich. Sollte die Formel hingegen auf die Geschichte der vergangenen 2000 Jahre als gemeinsamer nachbiblischer Geschichte verweisen, so sei das nicht minder problematisch. Wohl gab es immer wieder Berührungspunkte, doch kaum eine gemeinsame Geschichte. Gershom Sholem bezeichnete die Vorstellung einer deutsch-jüdischen Symbiose einst als Phantasma der Deutschen und die Mehrheit der jüdischen Historiker würde solch eine gemeinsame Tradition auch heute bestreiten.

So sah Morgenstern die Rede von einer jüdisch-christlichen Tradition als Versuch einer „zivilreligiösen Einhegung des Judentums“. Der Begriff beziehe sich nur auf eine „virtuelle Jüdischkeit“, aber nicht auf das wirkliche jüdische Leben.

Christentum und Aufklärung

Der Münchner evangelische Theologe Friedrich Wilhelm Graf erinnerte daran, dass Aufklärung vor allem als allgemeine Religionskritik betrieben wurde. „Finsterlinge und Dunkelmänner“ wurden jene genannt, die an hergebrachten Riten und Ordnungen festhielten. Dagegen wurde im 18. Jahrhundert eine Vernunftreligion konzipiert, die von allem positiven Gehalt befreit war und die jegliche konfessionelle Unterscheidung aufhob. Man suchte nach einem nicht-kirchlichen Christentum, das von aller Korruption durch die Menschen (Leibniz) befreit sein sollte. Der Anthropozentrismus der Aufklärung steht jedoch dem Bekenntnis zu Gott überhaupt entgegen. Verbunden mit der Aufklärung war eine regelrech-

te Medienrevolution. Deutsch wurde nun als Wissenschaftssprache genutzt und das Publikationswesen erlebte einen großen Aufschwung. So entstand eine freie öffentliche Sphäre, in der alles geprüft wurde. Eine absolute Wahrheit ist angesichts der Relativität alles Menschlichen nicht mehr erkennbar. So kommt es im Blick auf die Religionen zur Forderung nach Toleranz.

Eine deutsche Eigenart war dabei die Verbindung von akademischer Theologie und radikaler Kirchen- und Christentumskritik. So wirkten insbesondere protestantische Pfarrer als Verbreiter der Aufklärung. Die Institution Kirche wurde als verdorben einem idealisierten, reinen Christentum gegenübergestellt. Eine Kontroverse entspann sich über die Frage, inwieweit das Christentum selbst in die Aufklärung mündet oder doch eher im Gegensatz zur Aufklärung stehe. Auch die Frage, ob der Aufklärung, die schon Hegel als „Ausklärung“ bezeichnete, nicht ein Zug zu einem eigenen Totalitarismus eignet, fand prinzipiell unterschiedliche Antworten unter den Diskutanten. Graf jedenfalls bezweifelte die kritische Potenz des „organisierten Christentums“, das seit je alle politischen Irrungen und Wirrungen mit vollzogen habe.

Göttliches Recht

Der katholische Kirchenrechtler Georg Bier aus Freiburg analysierte das katholische Kirchenrecht und gab damit eine implizite Antwort auf die Frage nach dem Verhältnis des Christentums zur Aufklärung. Gegen die in der Aufklärung auftretende Suche nach einem verfassungsfreien Christentum zeigte er, wie zum Wesen des Christentums die Vergemeinschaftung gehört, die wiederum eine rechtliche Ordnung erfordert: „Ubi societas, ibi ius.“ Die katholische Kirche kenne sogar ein göttliches Recht, das für alle gelte und substantiell unveränderlich sei. Was göttliches Recht sei, befindet dort das oberste Lehramt, mithin der Papst und das Konzil, die Versammlung des Bischofkollegiums. Weil sie sich als von Gott gerufen weiß, könne sich die Kir-

che ihre eigene Ordnung geben. In der katholischen Kirche ist dabei der Bischof von Rom oberster Gesetzgeber, urteilende Gewalt und ausführende Autorität. Er ist dabei dem Wohl der Menschen verpflichtet, aber er selbst entscheidet, was dahin führt. So konzipiere das katholische Kirchenrecht eine Institution nach dem Bilde einer absolutistischen Monarchie. Zu meinen, dass für die Kirche daher gelte, dass die auctoritas das Recht setze, wäre aber verfehlt, denn der kirchliche Rechtsbegriff ist – aufgrund seiner Hinordnung zu Gott – wahrheitsbestimmt. Freilich konstatierte Bier beispielsweise mit Blick auf die jüngst bekannt gewordenen Missbrauchsfälle innerhalb der katholischen Kirche eine mangelnde Anwendung des Kirchenrechts.

Geringere Relevanz

Detlef Pollack (Münster) warf einen soziologischen Blick auf den Wandel der Religiosität in Deutschland. Er berichtete von einer Abnahme der öffent-



Detlef Pollack: „Der Glaube an Gott als ein höheres Wesen nimmt zu“

lichen Relevanz von Religion mit zunehmender Modernisierung von Gesellschaften. So konstatierte er für die Zeit nach 1989 auch einen Rückgang der Relevanz von Religion in Ostdeutschland. Allerdings gehe der Bedeutungsverlust der Kirchen nicht mit dem Verlust religiöser Erfahrungen einher. So meinen in Deutschland rund 80 Prozent der Bevölkerung, dass man auch außerhalb der Kirchen religiös sein könne.



In Pollacks Sicht braucht auch eine soziologische Erforschung von Religiosität eine inhaltliche Definition der Religion. Diese beinhaltet für ihn die Unterscheidung von Transzendenz und Immanenz, einen Sinnbezug des Lebens und „Mechanismen, die das Transzendente immanent zugänglich machen“, also in Ritual, Gebet, Predigt und Repräsentation einen Raum dafür eröffnen.

Säkularisierter Osten

In Westdeutschland gehören heute 81 Prozent einer christlichen Konfession an, in Ostdeutschland, dem weltweit am höchsten säkularisierten Gebiet, sind es 29 Prozent. An Gott zu glauben, geben im Westen 71 und im Osten 40 Prozent an. Pollacks Forschungen zeigten, dass es im Westen Deutschlands durchaus Sympathie für das Christentum gebe, aber ohne ein starkes Interesse daran zu nehmen.

Das Weiterwirken von Aufklärungs-ideen zeigte sich darin, dass der Glaube an Gott als Person abnehme, während der Glaube an Gott als ein „höheres Wesen“ zunimmt.

Politik aus dem Glauben

Matthias Möring-Hesse (Vechta/Tübingen) erinnerte schließlich daran, dass die Deutung des Christentums als Religion keineswegs im Christentum selbst angelegt sei. Denn damit sei es verbunden, das Christentum nicht mehr als Ganzes zu sehen, sondern als einen Teilbereich der Gesellschaft, die neben der Religion auch andere Teilbereiche kenne, etwa das Recht oder die Wissenschaft. „Vielleicht erst mit dem 2. Vatikanischen Konzil wurden die Chancen der Säkularisierung verarbeitet und gewürdigt.“ Möring-Hesse erwog schließlich drei mögliche Bedeutungen einer „Politik aus dem

Glauben“. Dabei kann der Glaube als das Für-Wahr-Halten bestimmter Sätze und das politische Handeln als deren notwendiges Ergebnis gesehen werden. Ebenso könnte Glaube als „neues Sein“ und das politische Engagement als dessen Frucht betrachtet werden. Beiden Deutungen wäre gemeinsam, dass sie den Glauben als Grund und die Politik als Folge begreifen. Ihnen stellte Möring-Hesse ein drittes Verständnis entgegen, das den Glauben als Nachfolge und das politische Engagement als deren notwendigen Vollzug ansieht. Weil der Glaube die gesellschaftliche Begrenzung von Kirche und Religion überschreite, eröffne dieses Verständnis einen weiten Raum für politische Betätigung. Statt selbst eine Stimme im pluralistischen Konzert der Meinungen zu sein, könne die Kirche dann der gemeinsame Versammlungsort von gegensätzlichen politischen Ansichten sein. ■

Michael Spieker

Bedeutender Staatsrechtler und Gründungskurator der Akademie

Zum 50. Todestag von Hans Nawiasky (1880 – 1961)

Vor etwas mehr als einem halben Jahrhundert ist der Jurist Hans Nawiasky am 11. August 1961 im schweizerischen Sankt Gallen im Alter von nahezu 81 Jahren an den Folgen eines Schlaganfalls verstorben.

Der prominente Name Nawiasky ist eng mit der Gründungsphase der Akademie verbunden: Als Teilnehmer der 2. Tagung des sogenannten Grünwalder Arbeitskreises im Dezember 1955 hatte er bereits an den „Empfehlungen des 1. und 2. Grünwalder Arbeitskreises über die Gründung einer Akademie für Politische Bildung“ mitgewirkt. Darin erfolgte die konzeptionelle Grundlegung der Tutzingener Akademie.



Hans Nawiasky ist einer der Väter der bayerischen Nachkriegsverfassung

Nach Verabschiedung des Akademiegesetzes wurde er im August 1957 in das Gründungskuratorium der Akademie berufen, und gehörte dem Gremium bis zu seinem Tode als 2. stellvertretender Vorsitzender an. Zu seinem Nachfolger im Kuratorium wurde der Politologe Waldemar M. Besson (1929–1971) bestimmt.

Auf eine Anregung Nawiaskys zurückgehend, veranstaltete die

Akademie im April 1962 eine hochkarätig besetzte Studententagung zur „Idee und Wirklichkeit des Föderalismus in der Bundesrepublik“, auf der u.a. Ernst Deuerlein, Otto Heinrich von der Gablentz, Wilhelm Hoegner und Otto Bezold sprachen. Die Akademie hat als Folge 7 ihrer Schriftenreihe „Materialien und Berichte“ einen ausführlichen Bericht über die Veranstaltung herausgegeben.

Im Rahmen dieser Tagung wurde am Abend des 26. April 1962 gemeinsam mit der ebenfalls von Nawiasky maßgeblich mit aus der Taufe gehobenen Münchner Hochschule für Politik (HfP) in Tutzing eine Gedenkstunde für den verstorbenen Gründervater abgehalten. Den Gedenkvortrag zum Thema „Bundesstaat, Rechtsstaat und Demokratie als Lebensform und -aufgabe“ bestritt der Nawiasky-Schüler Hans F. Zacher. ■

Steffen H. Elsner

Aspekte der Macht

Die Macht der internationalen Rating-Agenturen und ihre mögliche Begrenzung waren nur ein Aspekt einer Tagung über das Phänomen „Macht“*. Weiter ging es um die Macht der Ordnung, der Vergangenheit, der Ökonomie, der Moral und die Macht internationaler Institutionen. Zentrale Themen waren structural power, das supranationale Agieren und die Frage: Wann ist Macht noch moralisch? In fünf Foren wurden Thesen und Antithesen vertreten.

Andreas Anter referierte über Grenzen der Staatlichkeit und dass man sich einem ordnenden Staat zugehörig fühlt. Auf dieser Ebene würden die bestimmenden Entscheidungen getroffen. Demgegenüber argumentierte Nicole Deitelhoff, dass es eine entgrenzte, supranationale Staatlichkeit gibt, die sich in den internationalen Organisationen zeige.

Helmut König, Professor für Politische Ideengeschichte in Aachen, betonte die wichtige Rolle des Schuldartikels 231 im Versailler Vertrag: bezüglich das Vergessen von Verbrechen im Ersten Weltkrieg und den Umgang damit, bezüglich der Folgen von Schuldzuweisungen im Krieg und bezüglich auf die Verbitterung und Wut zwischen den Nationen in Folge des Krieges. König bevorzugt



Nicole Deitelhoff (links) und Andreas Anter: Grenzen der Staatlichkeit und entgrenzte, supranationale Staatlichkeit



Fotos: Rudloff

Vergeben und Erinnern statt Vergessen und Bestrafen. Denn „ein Besiegter ist unterlegen, aber nicht rechtlos.“ Er erinnerte dabei an das Werk Hannah Arendts, die den Weg des story telling und der Katharsis zur Überwindung von traumatischen Erlebnissen vorgeschlagen hatte.

Für Jürgen Rüländ, dessen Forschungsgebiete Internationale Politik und Globalisierung sind, stellte sich die Frage: Was machen wir aus Geschichte? Denn das „kollektive Gedächtnis“ der Bevölkerung und die ergebnisoffene Geschichtswissenschaft haben oft andere Ansichten.

Mythenbildung

Rückblicke können unterlaufen sein von Mythen- und Stereotypenbildung, vor allem im Rahmen des kollektiven Gedächtnisses, teils aber auch in der Geschichtswissenschaft.

Andreas Busch betonte: „Bei der Entstehung der wirtschaftlichen Macht hatte die politische Macht einen großen Anteil.“

Hubert Zimmermann hielt dagegen: Ökonomische Macht sei auch institutionell, strukturell, ideologisch, wirtschaftlich oder militärisch beeinflusst.

Andreas Hasenclever meinte, man müsse anstelle von „Macht der Moral“ von „Macht und Moral“ sprechen, weil zwischen Machtausübung und moralischem Anspruch Welten lägen. Für ihn wirkt Moral über Menschenrechtseinrichtungen. „Jeder Staat der Welt ist in wenigstens einem Menschenrechtsregime Mitglied“. ■

Anja Rudloff



Helmut König (links) bevorzugt Vergeben und Erinnern statt Vergessen und Bestrafen. Für Jürgen Rüländ stellt sich die Frage: Was machen wir aus Geschichte?

* Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP) in Zusammenarbeit mit der Akademie

Vom Prenzlauer Berg an den Starnberger See

Michael Mayer ist jetzt für die Zeitgeschichte in der Akademie verantwortlich

Der neue Historiker an der Akademie heißt Michael Mayer. Er hat in Mainz, Paris und München Neuere und Neueste Geschichte, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Kommunikationswissenschaften und Volkswirtschaftslehre studiert. Seine Laufbahn begann als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität München. In Paris und München hat er eine deutsch-französische Promotion abgelegt. Seit dem 1. November 2011 ist er für die zeitgeschichtlichen Angebote der Akademie verantwortlich. Wir stellen ihn im Gespräch vor.

Report: Worüber haben Sie in Ihrer Dissertation geforscht?

Mich hat die zentrale Frage beschäftigt, weshalb es ausgerechnet in Deutschland zum Holocaust kam. Nach meiner Ansicht lässt sich die Singularität der deutschen Entwicklung aber nur dann wirklich differenziert feststellen, wenn man einen Vergleich vornimmt. Ich habe deshalb die deutsche „Judenpolitik“ mit der anti-jüdischen Politik der Vichy-Regierung in Frankreich verglichen. So konnte ich herausarbeiten, in welchem Verhältnis in Deutschland Elemente eines „gemeineuropäischen“ Antisemitismus vorhanden waren bzw. sich eine spezifisch deutsche Form der Judenfeindschaft entwickelte.

Wo haben Sie vorher gearbeitet?

Ich habe mich in den vergangenen Jahren in der Abteilung des Münchner Instituts für Zeitgeschichte im Auswärtigen Amt in Berlin mit der Außenpolitik der Bundesrepublik beschäftigt. Hierzu hatte ich unbeschränkten Zugang zu den Geheimakten des Ministeriums.

Das AA ist wirklich die forscherefreundlichste Behörde in Deutschland. Diese Tätigkeit war auch für mein persönliches Staats- und Demokratieverständnis von zentraler Bedeutung. Bisher wusste ich schließlich nicht,



Michael Mayer leitet die Seminare zur Zeitgeschichte in der Akademie
Foto: Haas

welche geheimen Machenschaften in deutschen Ministerien vor sich gehen. An Stammtischen wird da ja viel gemunkelt. Nunmehr kann ich aber ruhig schlafen. Trotz mancher Fehlentscheidungen finden sich keine „Leichen“ in deutschen Behördenkellern.

Besonders bemerkenswert war für mich, dass sogar die Diplomaten des Amtes mit einer eindeutig „braunen“ Vergangenheit bereits Ende der 50er Jahre die Grundsätze der Demokratie zumindest nach außen hin übernommen hatten. Eindeutig rassistische Äußerungen etwa gegenüber der schwarzen Bevölkerung in Afrika, die

ich vielfach aus den Akten des französischen Außenministeriums kenne, finden sich im Bonner AA in dieser Zeit nicht mehr.

Welche Jahre haben Sie bearbeitet?

Ich habe für die Edition „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ an den Jahresbänden 1962, 1978 und 1981 mitgearbeitet.

Können diese Erfahrungen in Tutzingen umgesetzt werden?

Ja. Es wird im Oktober eine Tagung zur Bonner und Berliner Außenpolitik geben. Im Frühjahr 2013 ist eine Außentagung der Akademie im Auswärtigen Amt geplant. Dabei erscheint mir gerade für wissenschaftliche Fachtagungen von großem Nutzen, dass ich die Arbeitsweise einer Bundesbehörde intensiv kennenlernen konnte.

Es ist erstaunlich, wie ahnungslos Historiker sind, wenn es um Verwaltungsabläufe geht. Das führt dann zu Fehlinterpretationen, so wie wir das kürzlich bei der Studie „Das Amt und die Vergangenheit“ in Hinblick auf die Geschichte des Auswärtigen Amtes im Dritten Reich erleben konnten.

Können Sie hier an der Akademie Ihre Berliner Kontakte nutzen und pflegen?

Auf jeden Fall. Im Frühjahr kommt zum Beispiel der deutsche Botschafter in Warschau zu einer meiner Tagungen. Wenn ich Referenten aus dem Auswärtigen Amt oder der übrigen Bundesverwaltung brauche, lässt sich das sehr unkompliziert klären.

Zeitgeschichte hat eine gute Tradition in der Akademie. Gibt es mit Ihnen neue Akzente?

Die Tradition ist tatsächlich außerordentlich gut und reich. Mein Vorgänger Jürgen Weber hat hier einen unglaublichen Schatz angesammelt, und ich versuche, von seinen Erfahrungen zu lernen. Ich möchte diese Tradition mit meinen Kenntnissen kombinieren.



Wie sehen Ihre Schwerpunkte in Zukunft aus?

Ich habe einen sehr starken transnationalen Bezug und möchte Frankreich, Großbritannien, die USA und Russland stärker in das Blickfeld unserer Tagungen nehmen. Dabei werde ich aber die alten Schwerpunkte des Hauses – also den Nationalsozialismus und die DDR – nicht vernachlässigen. Auch möchte ich noch mehr Veranstaltungen mit Schülern und Studenten machen. Im Sommer wird es beispielsweise eine Nachwuchstagung für junge Doktoranden aus Bayern, Frankreich und Großbritannien geben.

Wie wollen Sie Zeitgeschichte für Schüler lebendig werden lassen?

Da gibt es wunderbare Möglichkeiten. Ich lasse direkt mit den historischen Dokumenten arbeiten. Ich habe das zum Beispiel mit meinen Studenten zum Fall von Saigon im Vietnamkrieg 1975 gemacht. In den Originalberichten aus der deutschen Botschaft kann man lesen, wie die Einschüsse bereits zu

hören sind und der Vietcong in die Stadt vordringt. Daraus lässt sich ersehen, wie eine Botschaft in solch einer Ausnahmesituation reagiert. Das sind faszinierende und spannende Texte.

Was ist das Besondere am Lernort Tutzing?

Ich erlebe hier eine große wissenschaftliche Freiheit. Ich bin begeistert von der Offenheit und der freundlichen Aufnahme im Kollegium. Die Vielfalt und Bandbreite der Arbeit der Akademie ist sehr beeindruckend.

Fällt nach vier Jahren in der Hauptstadt der Wechsel nach Oberbayern schwer?

Einfach ist es nicht. Vom Prenzlauer Berg an den Starnberger See ist es ein großer Schritt. Eigentlich kann man beides nicht vergleichen. Früher habe ich die wundervollen klassizistischen Gebäude in Berlin bewundert, jetzt sehe ich voller Staunen auf die Alpen und den See.

War das ein Kulturschock?

Ich habe ja früher schon in München gelebt. Insofern ist nicht alles ganz neu. Aber ich lebe jetzt viel gesünder. Hier geht man um Mitternacht zu Bett, in Berlin war das für mich oft genug der Beginn des Abends.

Fehlt Ihnen etwas?

Ja, das internationale Flair und die Lebendigkeit der Hauptstadt. Es ist unglaublich, wie kreativ junge Menschen in Berlin sind. München ist einfach zu überteuert, da bleibt neben dem Broterwerb kaum noch Zeit für Ideen.

Haben Sie noch einen Koffer in Berlin?

Einen Koffer nicht, aber ich habe das Gefühl, immer noch eine Wohnung in Berlin zu haben und hier eine Ferienwohnung für die Dauer eines Urlaubs angemietet zu haben. Das sind ja nicht unbedingt schlechte Ausgangsbedingungen... ■

*Das Gespräch führte
Michael Schröder*

Hilfestellungen für das wissenschaftliche Arbeiten Schüler schnuppern Akademieluft

35 Schüler aus dem Wissenschaftspropädeutischen Seminar (W-Seminar) „Strafrecht“ des Tutzinger Gymnasiums waren zusammen mit den Lehrkräften Roswitha Gaisreiter, Birgit Holterbach und Beate Ratberger zu Gast in der Akademie.

Akademiedozent Gero Kellermann, Dozent für Staats-, Verfassungsrecht und Rechtspolitik, führte in die „Grundlagen des Strafrechts“ ein, während parallel der Wissenschaftliche Dokumentar der Akademie, Steffen H. Elsner, Hinweise zum wissenschaftlichen Arbeiten allgemein und speziell zur rechtswissenschaftlichen Informationsbeschaffung gab.

Was ist eigentlich Recht? Wie stehen Recht und Moral zueinander? Was macht die Besonderheit des Strafrechts aus? Gero Kellermann gab eine Einführung in die Thematik und diskutierte mit den Schülern über den Grundcharakter des Strafrechts anhand von Bei-

spielen. Vom Dokumentar Elsner bekamen sie das notwendige Handwerkszeug zur Anfertigung der W-Seminararbeit vorgestellt: Neben rein formalen Aspekten (Aufbau, Gliederung, Zitierweise) standen hierbei vor allem Anmerkungen zum „quellenkritischen Umgang“ und zur „Informationskompetenz“ im Mittelpunkt. Im Anschluss an die Präsentation konventioneller (straf-)rechtswissenschaftlicher Informationsressourcen und Literaturgattungen aus der Akademiebibliothek zeigte Elsner Beispiele aus dem reichhaltigen Angebot an elektronischen (Fach-)Informationsquellen. Für ihre individuellen Literaturrecherchen konnten die Schüler eine ausführliche Linkliste mit nach Hause nehmen.

Es war nicht das erste Mal, dass ein W-Seminar Unterstützung durch die Tutzinger Akademie in Anspruch nahm: Im Februar 2010 hatte das Gymnasium Füssen mit einer Schülergrup-

pe des W-Seminars „Demokratie und Diktatur“ den Auftakt gemacht. Im April 2010 fand sich das W-Seminar „Krieg, Frieden und Sicherheit zum Beginn des 21. Jahrhunderts“ vom Christoph-Probst-Gymnasium in Gilching zum Arbeitsbesuch in der Akademie ein. Ebenfalls aus Gilching kam im Mai 2010 das W-Seminar „Globalisierung“ nach Tutzing. Im Dezember 2010 waren dann die Tutzinger „Strafrechtler“ erstmals in der Akademie zu Gast, bevor im Juli 2011 die Reihe der Schülerbesuche mit dem W-Seminar „DDR – Unrechtsstaat“ vom Gymnasium Penzberg ihre Fortsetzung fand. Im Januar 2012 waren Schüler des Gymnasiums LSH Kempfenhausen in Berg mit dem W-Seminar „Nationaler Entwicklungsplan Elektromobilität“ im Hause.

Unter ihrer neuen Direktorin Ursula Münch will sich die Akademie künftig in noch stärkerem Maße für Schüler öffnen. ■

Steffen H. Elsner

Jahresbibliografien 2011

Prof. Dr. Ursula Münch

Als Herausgeberin:

Innere Sicherheit – auf Vorrat gespeichert? (zus. mit Mathias Bug und Viola Schmid), Neubiberg 2011 (= Tagungsband 2. SIRA Conference Series, Heft 1/November 2011), 108 S.
(Zugang über: <http://athene.bibl.unibw-muenchen.de:8081/node?id89818>).

Aufsätze in Sammelwerken:

Deutscher Bildungsföderalismus – Chancen und Risiken, in: Alain-G. Gagnon/Roland Sturm (Hrsg.): Föderalismus als Verfassungsrealität – Deutschland und Kanada im Vergleich, Baden-Baden (Nomos) 2011, S. 173 – 191.

Die Initiativtätigkeit des Bundesrates im Wandel der Zeit, in: Sven Leunig/Uwe Jun (Hrsg.): 60 Jahre Bundesrat, Baden-Baden (Nomos) 2011, S. 88 – 105.

Föderalismusreform 1969: Warum die Länder ihre Hochschulgesetzgebungskompetenz dem Bund überließen und in der Föderalismusreform 2006 (teilweise) wieder zurückholten (zus. mit Tobias Hoymann), in: Jahrbuch des Föderalismus 2011. Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa (hrsg. vom Europäischen Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen), Baden-Baden (Nomos) 2011, S. 205 – 217.

Aufsatz in Zeitschriften:

Bildungsföderalismus im Hochschulbereich, in: die hochschule. journal für wissenschaft und bildung, 20. Jg., Heft 1/2011, S. 38 – 49.

Sonstige Publikationen:

Politische Bildung – Aktuelle Bedeutung und künftige Herausforderungen, München (Hanns-Seidel-Stiftung) 2011 (http://www.hss.de/fileadmin/media/downloads/Berichte/110729_RM_Muench.pdf), 12 S.

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter

Monografie:

Kultur als Prägestkraft, Passau (Festspiele Europäische Wochen) 2011, 15 S.

Als Herausgeber:

Bildungspolitik im Umbruch, Baden-Baden (Nomos) 2011 [= Zeitschrift für Politik. Sonderband 4], 99 S.

Am Ende der Gewissheiten. Wähler, Parteien und Koalitionen in Bewegung, München (Olzog) 2011, 416 S.

Aufsätze in Sammelwerken:

1989 und die Folgen, in: Eckhard Jesse (Hrsg.): 1989 und die Perspektiven der Demokratie. Baden-Baden (Nomos) 2011 [= Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP), Bd. 28], S. 151 – 158.

Bildungspolitik im Umbruch zur Wissensgesellschaft, in: Heinrich Oberreuter (Hrsg.): Bildungspolitik im Umbruch, Baden-Baden (Nomos) 2011 [= Zeitschrift für Politik. Sonderband 4], S. 7 – 15.

Gesellschaftlicher Wandel als Herausforderung der Parteien, in: Hanns Seidel Stiftung (Hrsg.): Gesellschaftlicher Wandel und neue Anforderungen an die Politik, Beijing 2011 [= KOORD-Schriftenreihe „Im Dialog mit China“, Bd. 7], S. 18 – 30.

Jahresbibliografien 2011

Politisch-kulturelle Zeitenwende oder Sturm im Wasserglas? Die 60er Jahre und ihre Bedeutung aus der Sicht eines Wissenschaftlers und Zeitzeugen, in: Stefan Krimm / Martin Sachse -Weinert (Hrsg.): Only Rock'n'Roll? Unser Bild von den 60er Jahren, München (Bayerischer Schulbuch-Verlag) 2011 [= Acta Hohenschwangau 2010], S. 306 – 330.

Vieles wird möglich – auch Schwarz-Grün, in: Volker Kronenberg / Christoph Weckenbrock (Hrsg.): Schwarz-Grün. Die Debatte, Wiesbaden (VS-Verlag) 2011, S. 453 – 461.

Wahlen im Wandel. Grundsätzliches zu Parteiendemokratie, Kommunikation und Lebenswelten, in: Oberreuter, Heinrich (Hrsg.): Am Ende der Gewissheiten. Wähler, Parteien und Koalitionen in Bewegung, München (Olzog) 2011, S. 11 – 33.

Aufsätze in Zeitschriften:

Krise der Demokratie?, in: Internationale Katholische Zeitschrift Communio, 40. Jg., Heft 4/2011, S. 323 – 332.

Orientierungsschwächen: Demokratie unter Druck?, in: Die Politische Meinung, 56. Jg., Nr. 505/2011, S. 15 – 22.

Politische Kommunikation als Sprachstrategie. Zur demokratischen Bestimmung inhaltsbezogener Rhetorik und ihrer Krise, in: Die Politische Meinung, 56. Jg., Nr. 504/2011, S. 15 – 18.

Zwischen Programm und Populismus – die offene Zukunft der CSU, in: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften / Journal for Comparative Government and European Policy, 9. Jg., Heft 2/2011, S. 224 – 243.

APB-Kurzanalyse:

Partizipation – aktuelle Problemfelder, Akademie-Kurzanalyse 1/2011, Akademie für Politische Bildung Tutzing (http://web.apb-tutzing.de/apb/cms/fileadmin/Publikationen/Akademie-Kurzanalysen/Akademie-Kurzanalyse_01-11.pdf), 3 S.

Steffen Elsner

Politische Bildung in der digitalen Gesellschaft – Ein Plädoyer für mehr Informationskompetenz, in: Michael Schröder (Hrsg.): Demokratie unter Druck. Herausforderungen für Politik und politische Bildung, München (Olzog) 2011, S. 39 – 52.

Blick in die Historie: 45 Jahre Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung e.V. – Konstituierung 1966 in der Tutzinger Akademie, in: Forum Politikunterricht, Nr. 3/2011, S. 49 – 51.

Dr. Saskia Hieber

Aufsätze:

Chinas Außenpolitik im Wandel. Vom isolierten Entwicklungsland zur Großmacht, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik (ZfAS), Wiesbaden (VS-Verlag), Heft 4/2011, S. 595 – 604.

Große Herausforderungen sind zu lösen. Eine Einführung zum Schwerpunktthema China und Indien, in: Forum Politikunterricht 2/2011, S. 2 – 5.

Chinas Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: Forum Politikunterricht 2/2011, S. 14 – 18.

Beitrag in Sammelbänden:

Das Ende der westlichen Dominanz – Internationale Politik in der politischen Bildung, in: Michael Schröder (Hrsg.): Demokratie unter Druck. Herausforderungen für Politik und politische Bildung, München (Olzog) 2011, S. 137 – 148.

Jahresbibliografien 2011

Dr. Ondrej Kalina

Aufsätze in Sammelwerken:

„Bürger gesucht“ – Ein Diskussionsbeitrag, in: Andreas Kraas / Angela Schwalb / Katharina Wehr (Bearb.): Politik und Geschichte für die Fachoberschule/Berufsoberschule in Berlin, Bamberg (Buchner) 2011, S. 107f.

Wenn Sisyphos zum Baumeister avanciert ... Zum Modernisierungsbedarf des immerwährenden Projekts politische Bildung, in: Michael Schröder (Hrsg.): Demokratie unter Druck. Herausforderungen für Politik und politische Bildung, München (Olzog) 2011, S. 63 – 76.

Dr. Gero Kellermann

Monografie:

Verfassungsinterpretation – Das Grundgesetz als normative Ressource im gesellschaftlichen Wandel, Schwalbach/Ts. (Wochenschau Verlag) 2011, 112 S.

Aufsätze:

Die Verfassung als Stabilisator des Wandels? – Neue Herausforderungen für die politische Bildung im Recht, in: Michael Schröder (Hrsg.), Demokratie unter Druck. Herausforderungen für Politik und politische Bildung, München (Olzog) 2011, S. 125 – 136.

Zwischen Freiheit und Kommerzialisierung – Wissenschaftsfreiheit vor neuen Herausforderungen, in: Unimagazin, Forschungsmagazin der Leibniz Universität Hannover, Ausgabe 03/04 2011, S. 8 – 10.

Dr. Michael Mayer

Aufsatz:

Akteure, Verbrechen und Kontinuitäten. Das Auswärtige Amt im Dritten Reich – Eine Binnendifferenzierung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 59. Jg., Heft 4/2011, S. 509 – 532.

Radiobeitrag:

Staaten als Täter. Zusammen mit Rainer A. Blasius und Jost Dülffer. Moderation Rainer Krawitz, WDR3 Forum vom 6. Februar 2011.

Zeitungsartikel:

Als man Pétain begeistert feierte. Der Widerstand in Europa gegen Nationalsozialismus und Faschismus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Juli 2011, S. 6.

Dr. Wolfgang Quaisser

Aufsatz:

Marktwirtschaft in der Vertrauenskrise – Herausforderungen für Wirtschaft, Politik und politische Bildung, in: Michael Schröder (Hrsg.): Demokratie unter Druck. Herausforderungen für Politik und politische Bildung. München (Olzog) 2011, S. 91 – 100.

Jahresbibliografien 2011

Dr. Thomas Schölderle

Monografie:

Utopia und Utopie. Thomas Morus, die Geschichte der Utopie und die Kontroverse um ihren Begriff, Baden-Baden (Nomos) 2011, 540 Seiten.

Beitrag in Sammelbänden:

Zwischen Stiefkind, Feindbild und Methodenkonzept – Zum Utopiebegriff in der politischen Bildung, in: Michael Schröder (Hrsg.): Demokratie unter Druck. Herausforderungen für Politik und politische Bildung, München (Olzog) 2011, S. 199 – 215.

Aufsätze:

Fehlperzeptionen der staatsphilosophischen Vertragstheorie, in: Zeitschrift für Politik (ZfP) 58. Jg., Heft 1/2011, S. 50 – 72.

Poppers Totalitarismusvorwurf gegenüber Platon und die (Un-)Redlichkeit wissenschaftlicher Auseinandersetzung, in: Zeitschrift für Politische Theorie (ZPTh) 1. Jg., Heft 2/2010 (erschienen 2011), S. 173 – 193.

Dr. Michael Schröder

Als Herausgeber:

Qualität unter Druck. Journalismus im Internet-Zeitalter (zus. mit Axel Schwanebeck), Baden-Baden (Nomos, Edition Fischer) 2011, 183 S.

Demokratie unter Druck. Herausforderungen für Politik und politische Bildung. München (Olzog) 2011, 239 S.

Aufsätze:

Journalismus als Kulturgut. Kriterien für Qualität in Zeiten der Krise, in: Qualität unter Druck. Journalismus im Internet-Zeitalter (hrsg. mit Axel Schwanebeck), Baden-Baden (Nomos, Edition Fischer) 2011, S. 9 – 23.

Regieren in der Mediokratie, in: Demokratie unter Druck. Herausforderungen für Politik und politische Bildung, München (Olzog) 2011, S. 23 – 38.

Dr. Manfred Schwarzmeier

Aufsatz:

Wider den Politikverdruss – Der Lernort Akademie für Jugendliche, in: Michael Schröder (Hrsg.): Demokratie unter Druck. Herausforderungen für Politik und politische Bildung, München (Olzog) 2011, S. 149 – 162.

Jahresbibliografien 2011

Dr. Michael Spieker

Zeitschriftenbeitrag:

Geburt als Zäsur für Lebensrecht und Würdestatus, in: *Communio*, 40 Jg. (2011), S. 62 – 77.

Aufsätze und Beiträge in Sammelbänden:

„Zäsur oder Moment?“ – Über die Anschaulichkeit der Geburt und die verborgene Gabe, in: A. Katarina Weilert (Hrsg.): *Spätabbruch oder Spätabtreibung – Entfernung einer Leibesfrucht oder Tötung eines Babys?*, Tübingen (Mohr Siebeck) 2011, S. 107 – 127.

Politische Bildung statt gesellschaftlicher Artigkeit – Zur Aufgabe politischer Bildung und ihrer Wurzel im Gedanken der Menschenwürde, in: Michael Schröder (Hrsg.): *Demokratie unter Druck. Herausforderungen für Politik und politische Bildung*, München (Olzog) 2011, S. 189 – 198.

Publikationen Neuerscheinungen Rezensionen

„Man ist beeindruckt ob der Fülle des Materials, die der Autor (...) ausbreitet (...). Dennoch verliert man als Leser nicht den Überblick: Das Buch ist klar strukturiert und präsentiert die Geschichte der Utopie und die sie begleitenden Kontroversen (...) so kurzweilig und ereignisreich wie möglich (...). Schölderle (...) gelingt es (...), einen mehrdimensionalen Utopiebegriff zu normieren, der die wichtigsten ‚klassischen‘ Definitionsansätze in sich vereint.“

Simon Herzhoff (socialnet Rezensionen)

„Schölderles ‚Utopia und Utopie‘ lässt sich ohne Übertreibung – sowohl inhaltlich als auch äußerlich – als das gewichtigste Überblickswerk zur politischen Utopie seit Richard Saages ‚Utopische Profile‘ bezeichnen.“

Fabian Beigang (Portal für Politikwissenschaft)

„Dem Kapitel über Thomas Morus und die Utopia folgen ausführliche Übersichten über Utopiegeschichte von der Antike bis heute und zur Utopie in den Sozialwissenschaften von Georg Quabbe, über Ernst Bloch bis zu Karl R. Popper. Im letzten Kapitel arbeitet der Autor die Kontinuität im Wandel des Utopiebegriffs heraus und entwickelt mit Bezugnahme auf Thomas Morus eine eigene Begriffsdefinition.“

(Literarisches Berlin)

Thomas Schölderle **Utopia und Utopie**

Thomas Morus, die Geschichte der Utopie und die Kontroverse um ihren Begriff
Nomos 2011, 540 S., brosch., 64,– Euro
ISBN 978-3-8329-5840-4

„Utopia (ist) ein Gegenentwurf, ein Kommentar, eine Kritik, vielleicht sogar eine Satire auf die englische Gesellschaft zu Beginn des 16. Jahrhunderts. In diesem Sinne sieht Schölderle die Utopie, als Gedankenexperiment, das soziale Kritik äußert, als Triebfeder für Umgestaltungsprozesse. (...) Das Ende der Utopien als Folge der Erfahrung von Nationalsozialismus und Stalinismus zu postulieren, ist nach Schölderle ein falscher Schluss. (...) die Öffnung von neuen Denk- und Vorstellungsräumen durch die Utopie wirkt der Selbstgefälligkeit einer gesellschaftlichen Ordnung, den abgeschobenen Verantwortlichkeiten und Konstruktionen von Realitäten und Sachzwängen entgegen – eine Schlussfolgerung mit deutlichem Aktualitätsbezug. Dem Kapitel über Thomas Morus und die Utopia folgen ausführliche Übersichten über Utopiegeschichte von der Antike bis heute und zur Utopie in den Sozialwissenschaften von Georg Quabbe, über Ernst Bloch bis zu Karl R. Popper. Im letzten Kapitel arbeitet der Autor die Kontinuität im Wandel des Utopiebegriffs heraus und entwickelt mit Bezugnahme auf Thomas Morus eine eigene Begriffsdefinition.“

(Literarisches Berlin)

Wolfgang Prochaska in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 23. November 2011:

Eine Stätte des offenen Diskurses

Ursula Münch, neue Direktorin der Akademie für Politische Bildung, hält ein Plädoyer für staatsbürgerliches Engagement

Gleich bei ihrer Amtseinführung setzte Ursula Münch, die neue Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing, ein Zeichen. Nein, nicht deshalb, weil sie mehr Geld will, nämlich 3,7 Millionen Euro als Etat. Sondern weil sie zum Festakt im neuen Tagungssaal auch Tutzinger Schüler und Schülerinnen eingeladen hatte – nicht nur Minister, Landtagsabgeordnete und Honoratioren. Keine schlechte Idee. Diese Geste unterstrich auch noch einmal, was sie in ihrer Dankesrede am Ende des Festakts am Montagabend unter anderem als neue Aufgabe der Akademie formulierte: „Wir müssen den unter 20-jährigen den Eindruck vermitteln, dass es beim politi-

schen Engagement auf Intensität und Qualität ankommt und nicht auf Quantität.“ Die Jungen für die Politik begeistern und nicht allein als Vermittler von Orientierungswissen auftreten: Das bedeutet für die Akademie auch, sich zu öffnen und den Dialog zu suchen. Das will Münch als neue Leiterin. Daran knüpft sie auch die große Frage: „In welcher Gesellschaft wollen wir künftig leben?“

Dass die Akademie in einem schwierigen gesellschaftlichen Spannungsfeld steht, hatten schon ihre Vorredner anklingen lassen. Ortsbestimmungen wurden versucht. Vorgänger Heinrich Oberreuter wünschte sich ein „Runterregeln der öffentlichen Erregung“

durch die Akademie, machte aber klar, dass die „Richtungsfunktion“ nicht mehr bei den Akademien liege.

Professor Hans Maier, der Vorsitzende des Akademie-Kuratoriums, skizzierte in seinem Festvortrag mit dem Titel „Demokratie braucht politische Bildung“ fünf Punkte, nach der sich Politik, politisches Handeln und politische Bildung richten. Es sind subjektive Kriterien: Rationalität, Emotion, Verknüpfen, Kritik und Engagement. Darin machte er deutlich, dass politische Bildung niemals „lammfromm“ sein dürfe und wünschte sich aus der Gesellschaft heraus den „Mut zur Mitverantwortung“ und warnte vor dem „sicherheitssüchtigen Pragmatiker“ in der Politik. ...

(siehe Bericht Seite 5)

Herbert Fuehr in den NÜRNBERGER NACHRICHTEN vom 3. Dezember 2011:

Neonazis lösten Schock aus

Tagung in Nürnberg: War die Gefahr von Rechts nicht früher zu erkennen?

... Nun ist wieder von Schock die Rede – nie hätte man gedacht, hieß es auf einer Fachtagung der Universität Erlangen-Nürnberg, dass die rechtsextremistische Szene zu so etwas fähig wäre wie der Mordserie an neun Migranten und einer Polizistin. Nun zeigen sich Versäumnisse beim Blick nach Rechtsaußen, die nicht allein Verfassungsschützern angelastet werden könnten. Aber immerhin wird jetzt die neonazistische Szene gründlich ausgeleuchtet und ausgehoben.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann betonte auf der Tagung in Nürnberg, die Gefahren des Rechtsextremismus seien nun ganz konkret geworden, auch im Raum Nürnberg. Verbote von Kameradschaften – etwa der Frän-

kischen Aktionsfront – hätten schon viel bewirkt. Ein Verbot der NPD hält der CSU-Politiker für noch viel wichtiger – aber auch noch nicht für ausreichend: Entscheidend sei das bürgergesellschaftliche Engagement wie etwa in Gräfenberg oder Wunsiedel.

Auch der umstrittene Extremismus-Forscher Eckhardt Jesse von der TU Chemnitz sieht die rechtsextremistische Szene jetzt plötzlich in einem anderen Licht. Hatte er in der Mordserie zunächst nur von Einzeltätern gesprochen („völlig abgeschottet von der rechtsextremen Szene“), sieht er nun doch Rechtsterroristen am Werk, die in ein Netzwerk eingebunden seien. Er wehrt sich aber gegen die Vermutung, er und andere Experten hätten die

rechtsextremistischen Gefahren verharmlost: „Wir haben sie nur falsch eingeschätzt“, sagte er unserer Zeitung. Wegen seiner früheren Extremismus-Thesen und seiner angeblichen Nähe zum rechten Lager war Jesse heftig attackiert worden, kritische Studenten verlangten sogar, ihn deswegen von der Nürnberger Fachtagung auszuladen. Jesse konnte reden – und bot reichlich Gelegenheit, sich mit seinen Thesen auseinanderzusetzen. Er zum Beispiel sieht die NPD eindeutig als verfassungsfeindlich an, ist aber gegen ein Verbot. Ein solcher Schritt sei kein adäquates Mittel einer demokratischen Gesellschaft, meint er. Die müsse sich durch zivilgesellschaftliches Engagement als wehrhaft erweisen. ...

(siehe Bericht Seite 3)

Maria Gruber in der MITTELBAYERISCHEN ZEITUNG vom 22. November 2011:

Fragt noch jemand, was gut für uns ist?

Ethik und Politik pflegen ein gespanntes Verhältnis – und sind doch untrennbar miteinander verbunden.

Wer die beiden Begriffe „Ethik“ und „Politik“ in einem Atemzug nennt, erntet zunächst fragende Blicke und ein Stirnrunzeln, das in der Frage mündet: „Geht das überhaupt?“ Und tatsächlich: Politiker, die über Plagiats-Affären stolpern, gebrochene Wahlversprechen oder politische Entscheidungen, die als Folge einer Parteispende erscheinen, tragen nicht gerade zu einem positiven Bild der Amtsträger bei. Im Gegenteil, sie verstärken die Politikverdrossenheit, die in unserer Gesellschaft weitverbreitet ist.

Was ist gutes politisches Handeln und was nicht? Woran soll man sich orientieren? Diese Fragen sind nicht einfach zu beantworten. Einen Versuch unternahm die Tagung „Ethik in der Politik – Nur ein Thema für Sonntagsreden?“

der Akademie für Politische Bildung Tutzing im Regensburger Salzstadel. Experten aus der Politikwissenschaft, der Philosophie sowie die Politiker selbst kamen zu Wort und schnell wurde eines deutlich: Das Spannungsfeld zwischen ethischem und politischem Handeln besteht, seit diese beiden Begriffe bestehen ...

„Einen schleichenden Rückgang des Einflusses des Christlichen“ bei der Suche nach der ethisch richtigen Entscheidung konstatierte der Theologe und Journalist Matthias Gierth, der den Fokus auf die Diskussion über die Biotechnologien richtete. Die Politik müsse Leitplanken formulieren, innerhalb derer die Wissenschaft forschen könne, so Gierth. Eine akzeptierte Größe sei zwar die Menschenwürde, doch „die Menschen haben sich daran gewöhnt, dass der Schutz des Lebens nicht mehr absolut ist.“

Auch der Rückgriff auf die griechische Antike lohnt. Dr. Barbara Zehnpefnig, Professorin für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Uni Passau, appellierte an die Gesellschaft, sich der eigenen Vorurteile bewusst zu werden und den Diskurs zu suchen. Ziel sei es, wie Platon zeige, sich selbst und seine Meinung stets auf den Prüfstand zu stellen, um zu einem begründeten Urteil zu kommen. Wie die Praxis aussieht, schilderten vier aktive Politiker: „Ein Kompass reicht nicht aus, um ein guter Politiker zu sein“, sagte etwa Franz Maget (SPD), Vizepräsident des Bayerischen Landtags. Dazu müsste ein hohes Maß an Kompetenz sowie die Fähigkeit zum Kompromiss hinzukommen – die „vielleicht höchste Kunst. Es passiert nur, wofür es eine Mehrheit gibt. Deshalb muss ein Politiker bereit sein, Kompromisse zu schließen.“ ...

DONAU-POST vom 21. November 2011:

Fraktionszwang und eigener Standpunkt

Podiumsdiskussion in Regensburg: „Ethik in der Politik – braucht’s die überhaupt?“

Politiker sind Umfragen zufolge neben den Bankern derzeit die Berufsgruppe mit dem niedrigsten Ansehen. Einer der häufigsten Vorwürfe an Politiker lautet, sie hätten keine eigene Meinung und würden ohnehin so abstimmen wie die Fraktion es verlangt. Dieses Phänomen habe seine Ursache aber im deutschen System, argumentierten am Samstag parteiübergreifend vier Berufspolitiker in Regensburg.

Bei der Tagung der Akademie für Politische Bildung (APB) Tutzing diskutierten sie über die Frage: „Ethik in der Politik – braucht’s die überhaupt?“ Franz Maget (SPD), Vizepräsident des Bayerischen Landtags, trug zunächst zur Ehrenrettung seines Berufsstands

bei. „Ich glaube durchaus, dass jeder Politiker einen ethischen Kompass in sich trägt, ob der nun ökologisch, sozial, religiös oder freiheitlich begründet ist“, sagte er. Daneben müsse ein Politiker aber noch über zwei weitere „K“s verfügen: über Kompetenz und Kompromissbereitschaft.

„Das moralische Dilemma beginnt, wenn die Fraktion einen Kurs vorgibt, und der Politiker anderer Meinung ist“, sagte Maget. Insbesondere dann, wenn von der Stimme des Politikers eine Mehrheitsentscheidung und damit die Regierungsfähigkeit abhängt. „An dieser Stelle steht das Ringen um den Kompromiss.“ Gerade die Kompromissbereitschaft werde in der Öff-

fentlichkeit aber leider oft negativ bewertet, bedauerte Maget.

Relativ frei in seinen Entscheidungen fühlt sich der Europa-Abgeordnete Manfred Weber (CSU). Im EU-Parlament herrsche faktisch kein Fraktionszwang. Aus dieser Erfahrung heraus glaubt Weber: „Wenn wir weniger in Parteistrukturen denken würden, würde das ethische Verhalten der Politiker gestärkt werden.“ Er wisse vor Beschlüssen oft vorher nicht, wie die einzelnen EU-Abgeordneten der verschiedenen Parteien abstimmen werden. Das bringe Debatten und lebendige Demokratie ins Parlament. ...

Ein Bericht von Wolfram Schrag in B5 AKTUELL MEDIENMAGAZIN vom 18. Dezember 2011:

Vom Umgang mit Schreckensbildern

... Das Bild des toten Gaddafi hat viele geschockt. In der *Bild*-Zeitung nahm der blutverschmierte Leichnam sogar die Hälfte der Seite Eins über dem Bruch ein. Der deutsche Presserat hat Anfang Dezember entschieden: Der Leichnam darf gezeigt werden, er ist ein Dokument der Zeitgeschichte. Aber er darf nicht (wie bei *Bild*) unangemessen sensationell dargestellt werden. Deshalb sprach der Presserat eine Missbilligung aus. Die Redaktion der *Süddeutschen Zeitung* hatte sich gegen eine Veröffentlichung entschieden. Die Online-Redaktion fragte sogar bei den Nutzern nach, ob sie diese Entscheidung teilen; und die Leser meldeten sich, sagt der Chefredakteur von *sueddeutsche.de*, Stefan Plöching. **O-Ton:** „100 Postings, Likes, Kommentare, in denen sie uns dazu beglückwünscht haben, was die Mehrzahl war. Ein kleiner Teil hat gesagt: Hätte man auch zeigen können, es hat dokumentarischen Charakter. Nur: Was da passiert ist, dass wir über eine ethische Frage diskutieren mit unseren Lesern – das kann man tatsächlich nur in einem digitalen Medium in dieser Intensität, in dieser Geschwindigkeit.“

Online-Berichte sind ruppiger. Sensationelle Berichte fördern die Klick-Zahlen. Doch erwarteten die Leser von *sueddeutsche.de*, dass sie sich bei Gewaltbildern wie im Print zurückhält. Plöching sieht Redakteure vor neuen Herausforderungen. Ständig müssen sie aus der Flut aus Bildern auswählen, immer auf der Suche nach dem stärksten Motiv, das zur Marke passt.

So auch der Online-Chef von Focus, Daniel Steil. **O-Ton:** „Wir müssen das filtern, wir müssen nicht alles verbreiten, was uns zur Verfügung gestellt wird; sondern wir müssen sagen: Dieses Foto geht, wir haben einen Markenkern, der steht für etwas. Und nur im

Rahmen dieses Markenkerns können wir auch Fotos veröffentlichen.“ ...

Dabei wird zeitgleich ganz praktisch Medienethik betrieben. Allerdings: Im hektischen Alltag könne man keine Ethikseminare abhalten, sagt Arno Makowsky, Chefredakteur der Münchner *Abendzeitung*. Da bestimme vor allem der Redaktionsschluss das Geschäft. Und doch müssen sich Journalisten immer überlegen: Will ich dieses Bild mir und meinen Kindern antun? Makowsky sagt zudem: Schreckensbilder steigern die Auflage nicht. Andererseits: Ohne solche Bilder kann eine Boulevardzeitung nicht überleben. Deshalb hat die *AZ* im Sommer ein Foto des norwegischen Attentäters groß als Aufmacher gezeigt. Der Vorwurf danach: Eine solche Darstellung des Täters animiere zur Nachahmung. Makowsky selbstkritisch: **O-Ton:** „Wir haben uns inhaltlich distanziert durch die Zeile: Der Massenmörder. Dieser Mensch wurde gezeigt in seinem gan-

zen Größenwahn mit seiner Fantasie-Uniform an, mit diesem Gewehr in der Hand. Das hat ja doch einen gewissen Informationsgehalt. Ich gebe aber zu, dass jetzt, aus der Distanz betrachtet, ich es vielleicht heute nicht mehr machen würde.“

Im Fernsehen war es das Jahr der Live-Berichterstattung. Schreckensbilder gab es genug. Der arabische Sender *Al Jazeera* sendete zum Beispiel 24 Stunden lang Live-Bilder vom Tahir-Platz in Kairo. Agenturen greifen für die Berichterstattung über die Unruhen in Syrien auf Handyfilme zurück. In beiden Fällen sind auch Verletzte und Leichen zu sehen. Ulrich Tilgner, früher u.a. beim ZDF, arbeitet heute als Nahost-Korrespondent für das Schweizer Fernsehen. Schreckensbilder lehnt er ab für seine Berichte. Der Korrespondent müsse einordnen, erklären. Bilder gebe es bei den Redaktionen zuhause schon genug. ...

(siehe Bericht Seite 7-12)

Ein Beitrag von Moritz Holfelder im DEUTSCHLANDFUNK KULTUR HEUTE vom 13. Dezember 2011:

Den Schrecken vor Augen

... 51 Tote, 163 Verletzte. Man hört zunehmend von Journalisten, die nach ein paar Jahren im Job entweder zynisch geworden sind oder an der Nachrichtenlage verzweifeln. Seit die digitalen Medien und die Globalisierung die 24-Stunden-Berichterstattung rund um den Globus möglich machen, wird jedes Busunglück mit Toten in Hinter-Indien oder Lateinamerika bebildert, jeder Amoklauf – egal wo in der Welt – alles, einfach jedes Unglück. Man hörte und sähe am liebsten also gar nichts mehr, zumindest nicht diese permanente Endlosschleife von Schreckensnachrichten und Bildern. Das er-

klärte in Tutzing Ulrich Tilgner, ehemaliger Nahost-Korrespondent für das ZDF. Ihm widersprach der ehemalige SFB-Intendant Günther von Lojewski. **O-Ton Tilgner:** „Ich erinnere mich an eine Fernsehdiskussion, da hat ein namenhafter deutscher Chefredakteur gesagt ‚wegen der Pressefreiheit muss man alles zeigen‘ und dann hab ich gesagt und was würden sie bevorzugt wegnehmen? Das gleiche passiert, wenn Ihnen als Geisel der Kopf abgeschnitten wird, möchten Sie auch, dass das gezeigt wird? Und dann hat der Mann auf einer Podiumsdiskussion 20 Minuten nicht mehr geredet.“ ▶

O-Ton Lojewski: „Ich glaube nicht, meine Damen und Herren, dass uns gedient wäre, wenn wir sagen ‚also Gewalt wird grundsätzlich, wegen der Folgen die sie anrichten kann, aus dem Journalismus verdammt.‘ Es ist Teil des Alltages, es ist Teil der Realität und die Realität findet ihren Spiegel, übrigens auch nach dem Gesetz, in den Medien, also müssen wir dieses zeigen.“

Es war ein in jeder Hinsicht denkwürdiges Jahr: Massenmord in Norwegen, Erdbeben und Tsunami in Japan, Krieg und Bombenanschläge in Afghanistan, Hunger und Flüchtlingskatastrophen in Ost-Afrika. Täglich erreichten uns 2011 im Fernsehen, im Internet und in der Zeitung Schreckensbilder aus

allen Winkeln der Erde. Reporter, Kameralleute und Fotografen riskieren bei ihrer Arbeit oft Leib und Leben – zumindest in den Kriegs- und Krisengebieten. Wie gehen Journalisten und Bildberichterstatte mit dem Erlebten um? Wie verarbeiten sie das Gesehene? Wie lange hält man eine solche Arbeit aus? In Tutzing stritten sich die Fachleute darüber, ob die Berichterstattung aus Krisengebieten nun eine journalistische Herausforderung darstellt oder ob das Gesehene und Empfundene, später dann vermutlich verdrängte Leid vor Ort die Reporter traumatisiert.

Die Meinung von Werner Kilz, des ehemaligen Chefredakteurs der Süddeutschen Zeitung, kann man als

durchaus zynisch empfinden. **O-Ton Kilz:** „Ich denke, die Bilder gehören genauso zur Information wie Texte und die Bilder. Durch ihre Suggestivkraft haben sie natürlich eine ganz andere Wirkung. Katastrophen, Krieg, Terror wird illustriert mit Bildern die uns nicht gefallen, aber andererseits sind diese Ereignisse auch Sternstunden des Journalismus, denn viele Journalisten kriegen ja ihre Preise dafür, dass sie berichten bei solchen Anlässen. Und natürlich hat sich durch Fukushima – die Bilder von Fukushima – und dieses Ausmaß der Katastrophe, in den Köpfen was bewegt: dass plötzlich der Einstieg in die Atomenergie wieder rückgängig gemacht wird; ein Ausstieg daraus wurde.“...

(siehe Bericht Seite 7-12)

Autorin Julia Fritzsche in BAYERN 2 KULTURWELT vom 12. Dezember 2011:

„Tutzing Mediendialog – Schreckensbilder“

... Müssen wir Bilder von Gewalt und Krieg zeigen? Diese Frage stand schon zu Beginn im Fokus der Tagung. Der ehemalige ZDF-Korrespondent Ulrich Tilgner findet, nein! ...

Tilgner schildert, wie die Schreckensbilder immer wieder für die Kriegsführung instrumentalisiert werden. Raketenangriffe – perfekt getimt zum amerikanischen Frühstückfernsehen. Reporter, richtig positioniert für die Raketen im Hintergrund. Praxisnahe Schilderungen von jemandem, der die Schreckensszene an Ort und Stelle selbst erlebt hat.

Aber die Tagung widmete sich auch theoretischen Fragen: Zum historischen Wandel der Schreckensbilder, zur Medienethik, Jugendschutz und Quotendruck. Auf zentrale Fragen wie die nach den Ursachen für den

Erfolg der grausamen Bilder, gingen die Veranstalter leider kaum ein. Hat die Gier nach den Schreckensbildern damit zu tun, dass der Alltag der westlichen Welt heute mehrheitlich frei von Not ist; dass der Tod weitgehend aus unserem Alltag verschwunden ist, dass sich die Menschen mit dem Betrachten von Schreckensbildern ihrer eigenen Lebendigkeit vergewissern wollen? Stattdessen ging es vor allem um die Verantwortung der Medienschaffenden. Und die steigt, prophezeite Burkhard Nagel von ARD-aktuell für die Zukunft – wegen des Internets, seinen ständig verfügbaren Bildern und dem Zwang nach Echtzeitberichterstattung.

O-Ton Nagel: „Da kann sich wirklich was verschieben an den Stellen wie wir damit umgehen. Und da sage ich, dass unsere Verantwortung wirklich deut-

lich wächst, in dem was wir auswählen, angesichts des Angebots, das es geben wird und gibt.“

Widerspruch erntete ARD-Nachrichtenredakteur Nagel nicht, die Pluralität der Meinungen bei der Schlussrunde zum Thema „Politik und Medien“ war auch leider nicht sehr groß.

Das Podium war von älteren Herren besetzt, die meisten nicht mehr als Journalisten aktiv; weibliche und generell junge Journalisten im Job waren neben den großen Namen leider in der Minderheit. ...

(siehe Bericht Seite 7-12)

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

M ä r z

10-1* 5. – 9. März

Aktuelle Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Wolfgang Quaisser / Oliver Laqua

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

10-2* 5. – 9. März

Sozialkunde an der FOS/BOS – der neue Lehrplan

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Gero Kellermann / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

11-1* 12. – 16. März

Japan und Australien – Unterschiedliche Wege der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung im asiatisch-pazifischen Raum

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Anja Opitz / Evelin Mederle

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

11-3* 12. – 14. März

Medienkunde und Medienpädagogik

Schülerseminar

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

11-4 12. – 15. März

2. Philosophische Studienwoche: Gerechtigkeit und Differenz

Leitung: Michael Spieker

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

11-2 16. – 17. März

Parteien und Demokratie – Innerparteiliche Demokratie im Wandel

Leitung: Ursula Münch / Uwe Kranenpohl / Henrik Gast

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Sybille Haug

Chefsekretariat@apb-tutzing.de

Renate Heinz

R.Heinz@apb-tutzing.de

Ina Rauš

I.Raus@apb-tutzing.de

Heike Schenck

H.Schenck@apb-tutzing.de

Karin Sittkus

K.Sittkus@apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

12-2* 19. – 23. März

Minderheiten in Europa

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Mayer / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

12-3 23. – 25. März

Vernunft, Recht und Staat im Hinduismus

Leitung: Michael Spieker

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

13-3* 26. – 28. März

The Commonwealth

In Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut München

Leitung: Anja Opitz / Gabriele Rigó-Titze

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung Städtische Schulen über das PI, Andere direkt bei uns

13-2 29. – 30. März

Ökonomische Bildung im Gymnasium: Luxus oder Notwendigkeit?

In Zusammenarbeit mit dem Verband der Bayerischen Wirtschaftsphilologen

Leitung: Wolfgang Quaisser / Birgit Hollerbach

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

13-1 30. März – 1. April

Flexibilität als Norm – Entgrenzungen in der Arbeitswelt

Leitung: Gero Kellermann

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

April

15-1 13. – 15. April

Sicherheit, Wirtschaft, Gesellschaft:

Theorien und Problemfelder internationaler Politik

In Kooperation mit dem Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft München

Leitung: Anja Opitz / Alexander Kocks / Judith Renner

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

16-1* 16. – 18. April

Staatsbürgerliche Bildung am Gymnasium:

Perspektiven der Energiepolitik

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder / Siegfried Münchenbach / Gerhard Hammer

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

16-2* 16. – 18. April

Methodik und Didaktik des Sozialkundeunterrichts an Realschulen

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder / Siegfried Münchenbach / Alexander Ohgke

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

16-3* 16. – 18. April

Methodik und Didaktik des Sozialkundeunterrichts an Gymnasien

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder / Siegfried Münchenbach / Wolf Weigand

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

16-4* 18. – 20. April

Grundfragen der staatsbürgerlichen Bildung an Realschulen:

Das Internet verändert die politische Öffentlichkeit

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder / Siegfried Münchenbach / Alexander Ohgke

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

16-6 20. – 22. April

Geld, Kredit und Schulden ohne Grenzen?

Leitung: Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

16-7 21. April

Mörderische Phantasien

Mediale Selbstdarstellung von jugendlichen Amokläufern

In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft zur Förderung von Medienkompetenz (EAM) im Deutschen Evangelischen Frauenbund (DEF), Landesverband Bayern e.V.

Leitung: Michael Schröder / Katharina Geiger / Sabine Jörk

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Außenveranstaltung in Bayreuth

16-5 22. – 25. April

Unter der schwarzen Sonne: Politische Umwälzungen und Bürgerkriegsszenarien in Afrika

In Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Leitung: Anja Opitz / Hans-Georg Lambertz

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

18-1 30. April – 3. Mai

Freiräume in der Unfreiheit

Jugendopposition in der DDR

In Zusammenarbeit mit der Stiftung Aufarbeitung Berlin

Leitung: Michael Mayer

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

M a i

19-1 7. – 10. Mai

Von den Römischen Verträgen zur Euro-Krise

Sechs Jahrzehnte Europäische Einigung

Leitung: Michael Mayer

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

19-2* 8. – 10. Mai

Praxis der Politischen Bildung

Fortbildung für künftige Einheitsführer der Luftwaffe

In Kooperation mit der Offiziersschule der Luftwaffe der Bundeswehr

und dem Bayernforum der Friedrich-Ebert-Stiftung, München

Leitung: Anja Opitz / Horst Schmidt / Karl Sedlmaier

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

19-3* 10. – 11. Mai

Softie oder Kraftprotz? Die Rolle der EU in der internationalen Politik

In Kooperation mit dem Institut für Politikwissenschaft

der Universität Innsbruck und dem Europäischen Parlament

Leitung: Anja Opitz / Doris Dialer

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

20-1 18. – 20. Mai

Entgrenzungen und Begrenzungen im 21. Jahrhundert

Neue Spannungsfelder in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft

Leitung: Ondrej Kalina

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

20-2 20. – 23. Mai

Nachgefragt in Europa – mangelt es an einer europäischen Öffentlichkeit?

Journalistenseminar in Straßburg

In Zusammenarbeit mit ARTE

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

Achtung: Erhöhte Tagungsgebühr!

21-1* 21. – 25. Mai

Herausforderungen für die nationale Politik in einer globalisierten Welt

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Gero Kellermann / Evelin Mederle

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

Internet: www.apb-tutzing.de

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTORIN

Prof. Dr. Ursula Münch hielt im Tutzinger Roncallihaus den Vortrag „Veränderungen in der bundesdeutschen Familienpolitik. Ziele und Instrumente im völligen Wandel“. An der Universität der Bundeswehr München hält sie im Wintersemester 2012 zwei Veranstaltungen im Masterstudiengang ab: Eine Vorlesung über „Theorien, Forschungsansätze und Anwendungsfelder der Vergleichenden Politikwissenschaft“ und gemeinsam mit Prof. Dr. Sylvia Schraut ein Forschungsseminar über „Geschichts- und politikwissenschaftliche Forschung zum Rechtsextremismus“.

HAUSWIRTSCHAFT

Daniela Herdegen, stellvertretende Hauswirtschaftsleiterin, hat nach mehrjähriger erfolgreicher Tätigkeit die Akademie verlassen. Wir bedanken uns und wünschen für den weiteren beruflichen Lebensweg alles Gute.

KOLLEGIUM

Dr. Ondrej Kalina sprach anlässlich der Jean Monnet-Konferenz „Bildung, Wissenschaft und Forschung als Schlüsselemente der Wettbewerbsfähigkeit im Donauraum“ in Passau zum Thema „The Cultural Turn: Innovation in Political Science and European Studies?“.

Dr. Michael Mayer referierte während der Konferenz „Anti-Semitic Legislation in Slovakia and in Europe“ in Bratislava zum Thema „Racial Legislation in Germany and Vichy-France“.

Dr. Thomas Schölderle leitete im Sommersemester 2011 ein Hauptseminar zum Thema „Repräsentation“ an der Hochschule für Politik (HfP) München.

Eisiges Vergnügen

Münchner Schäfflertanz beim ersten Tag der Offenen Tür in der Akademie

Trotz zweistelliger Minusgrade waren rund 650 Gäste gekommen, um den traditionellen Münchner Schäfflertanz, der nur alle sieben Jahre aufgeführt wird, auf dem Gelände der Akademie zu sehen. Der Reigentanz der Münchner Fassmacher war der Höhepunkt des ersten Tags der Offenen Tür in der Akademie in der über 55-jährigen Geschichte der Bildungsstätte. Akademiedirektorin Ursula Münch, die sich vorgenommen hat, die Akademie mit weiteren Veranstaltungen noch stärker in das öffentliche Leben Tutzing und der Region einzubinden, zeigte sich überwältigt vom Ansturm und war sehr zufrieden mit der Resonanz auf ihre Einladung.

Die Tutzinger und Gäste aus den Nachbargemeinden erwiesen sich als sehr wissbegierig, was Arbeitsweise und Aufgaben der Akademie angeht. Bei Führungen durch die Räume erläuterten die Dozenten die Geschichte der Akademie sowie die bundesweit einmalige Organisationsform, die die Unabhängigkeit und Überparteilichkeit der politischen Bildung in Tutzing garantiert. Besondere Aufmerksamkeit bekam der neue Heinrich-Oberreuter-Saal, der im September 2011 in Betrieb genommen wurde. Auch für das leibliche Wohl war gesorgt: Die Damen aus Küche und Hauswirtschaft servierten Gulaschsuppe, Waffeln, Punsch und Glühwein, der gegen die Kälte half. MS



Der traditionelle Reigentanz der Münchner Schäffler wird nur alle sieben Jahre im Fasching aufgeführt

Foto: Haas